

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1930**

17.1.1930 (No. 16)

# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mk. frei ins Haus, 2,70 Mk. bei der  
Einschickung abgeholt, Mk. 2,00 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzel-  
nummern 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur  
bis 20. auf den Monatschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein An-  
spruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

**Hauptorgan der badischen Zentrumspartei**  
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung  
Verlag: Kuhn & Witten, Grenzstr. 10, Blätter für den Familien- und den katbol. Welt. Sportbeilage  
Deutsche Jugendkraft. Inhalt: Reichsbeilage „Mittlerer Woche“. Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21  
Fernspr.: Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6230, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene 27 mm breite Millimeterzeile im  
Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg.,  
die 3 gep. 87 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach  
Zahl. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zungewilliger Eintreibung oder  
Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigen-  
annahme 2 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 16 (12 Seiten)

Karlsruhe, Freitag, den 17. Januar 1930

68. Jahrgang

## Was bringt die Haager Konferenz?

Verdächtigungen gegen Dr. Wirth

Dr. Sch. Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtber.)

Die Einigungsformel, die in Haag nach langen  
schwierigen Beratungen zustande gekommen ist, läßt sich in  
ihrer ganzen Bedeutung noch nicht beurteilen, weil man bis  
zur Stunde alle die Einzelheiten nicht kennt, die wich-  
tig sind, weil nicht alle Abschnitte der Vereinbarungen ganz  
klar gefaßt sind. Das eine wird man feststellen können, daß  
das, worauf es ankommt, eindeutig geregelt  
ist, das ist:

das Verhältnis Deutschlands zu seinen Gläubigern  
innerhalb des Youngplans.

Dies ist besonders wichtig hinsichtlich der Grenzfälle, wo  
Deutschland ohne absichtliches Verschulden seinen Verpflich-  
tungen nicht nachkommt. Für diesen Fall sind die Reglungen,  
die der Youngplan vorsieht, maßgebend und bindend. Das  
bedeutet gegenüber dem bisherigen System einen unzwei-  
felhaften Fortschritt und zwar deshalb, weil theoretisch  
und praktisch die Sanktionsbestimmungen des Verfallers  
Vertrags für die Zeit der Geltung des Youngplans außer  
Kraft gesetzt sind. Aber auch für den kaum denkbaren Fall,  
daß sich Deutschland eines Tages in aller Form vom Young-  
plan lösen würde, hat das Sanktionsrecht wesentliche Ein-  
schränkungen erfahren, denn die Reparationskommission  
ist völlig ausgeschaltet und der Verfallers  
Vertrag hinsichtlich des Youngplans einem Spruch des Haager  
Schiedsgerichts unterworfen. Darüber hinaus ist Frank-  
reich nicht mehr in der Lage und zwar auch dann nicht,  
wenn der Haager Schiedsgerichtshof einen Urteilspruch ge-  
gen Deutschland fällt, zu militärischen Sanktionen zu  
greifen, vielmehr sollen die in Frage kommenden Re-  
parationszahlungen finanzieller oder wirtschaftlicher Art sein  
oder auf dem Gebiet der Beschlagnahme liegen und zwar nach  
den Regeln des internationalen Rechts, das heißt des Völker-  
rechts.

Das sind unbestrittene Vorzüge der in Haag getroffenen  
Lösung und man kann mit Recht darauf hinweisen, daß sich  
die Distanz zum Verfallers Vertrag erneut und erheblich  
vergrößert hat.

Trotzdem wollen wir uns nicht verhehlen, daß man im  
ersten Augenblick äußerst schwere Bedenken gegen den aus-  
gemachten Inhalt der Sanktionsvereinbarungen haben muß.  
Mag sein, daß die deutsche Delegation nach ihrer Rückkehr aus  
dem Haag noch manches zu erklären weiß, aber eine Reihe  
von Bestimmungen sind so unklar und so wenig  
eindeutig, daß man in sie je nach der politischen Konstellation  
im einen oder anderen Falle dies oder jenes hineinlegen  
kann. Bevor also nicht die eindeutigen Abmachungen  
vorliegen, ist ein endgültiges Urteil hierüber nicht möglich.  
Am bedenklichsten will uns scheinen, das

jede einzelne Macht gesondert das Recht haben soll,  
im Falle der Wiedergewinnung der Handlungsfreiheit,  
das heißt, wenn der Youngplan von  
Deutschland zerrissen wird, gesondert gegen Deutsch-  
land vorzugehen.

Ueber die Vorgänge, die in Haag zu dieser Bestimmung ge-  
führt haben, werden in Rechtsblättern, wie auch in einem  
Teil der deutschvolksparteilichen Presse Meldungen ver-  
breitet, die einen deutlichen Versuch darstellen, den der deutschen  
Delegation angehörigen Zentrumsmann Dr. Wirth zu belasten.  
Wir können füglich abwarten, bis sich Dr. Wirth  
und die anderen deutschen Delegierten zu dieser Angelegen-  
heit geäußert haben.

Nebenfalls kann man aber schon heute feststellen, daß eine  
Zeit bevorsteht, die mit den schwerwiegendsten po-  
litischen Entscheidungen ausgefüllt sein wird, denn  
in seinen wichtigsten Bestandteilen steht der Youngplan, wie  
er im Haag endgültig zustande gekommen ist, ganz wesentlich  
anders aus als der Pariser Youngplan.

### Die Meinung Dr. Wirths zur Sanktionsfrage

Berlin, 16. Jan. In einer Berliner Morgenzeitung ist  
davon gesprochen worden, daß der Reichsminister für die be-  
setzten Gebiete, Dr. Wirth, in der gestrigen Sitzung der sechs  
einladenden Mächte in Haag bei der französisch-englischen  
Meinungsverschiedenheit über die Anrufung des internatio-  
nalen Gerichtshofes im Falle einer Verletzung des Young-  
plans, sich auf den französischen Standpunkt gestellt habe,  
daß es einer Gegenmacht, einzeln freistehen müsse, sich in die-  
sem Falle an die internationale Haager Stelle zu wenden.  
Der englische Schatzkanzler Snowden habe darauf seinen  
Einspruch gegen die französische Auffassung zurückgezogen.

In Berliner politischen Kreisen ist man der Meinung, daß  
die Ansicht Dr. Wirths so auszulegen sei, daß wir kein In-  
teresse daran haben können, das Bündel der im Verfallers  
Vertrage zusammengeschlossenen Mächte für alle Zukunft zu-  
sammenzuhalten. Daß Snowden seinen Einspruch zurückge-  
zogen habe, wird in politischen Kreisen nicht bestritten. Aber  
es ist, wie sich aus den Texten der in Haag getroffenen Ab-  
machungen ergibt, in ihnen eine Bestimmung enthalten, nach  
der die Mächte einzeln vorgehen können.

### Amerika ist erstaunt über die „Theoretiker“ im Haag

New York, 16. Jan. (Eig. Drahtber.)

Der „Herald-Tribune“ wird aus Washington berichtet, es  
errege dort in amtlichen Kreisen Staunen, daß angesichts des  
klaren Wortlautes des amerikanisch-deutschen Reparations-  
abkommens die „Theoretiker“ im Haag sich über den zu 99  
Prozent unmöglichen Fall herumstreiten, daß Deutschland  
den Youngplan freiwillig breche. Das amerikanisch-deutsche  
Abkommen sei als „integrierender Bestandteil“ des Young-  
plans gedacht, so daß es hinfallig würde, wenn der Young-  
plan zu Fall käme. In die Zukunft könne niemand blicken,  
aber den guten Willen Deutschlands zu bezweifeln, komme  
indirekt einer Annahmung gleich.

### Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes von München an den Reichspräsidenten

Berlin, 16. Jan. Der Stadtrat der bayerischen Landes-  
hauptstadt München hat im November v. J. beschlossen, dem  
Reichspräsidenten das Ehrenbürgerrecht der Stadt München  
anzutragen und damit der Verehrung der Bevölkerung Mün-  
chens und Bayerns für die Person und die verdienstvolle Ar-  
beit des Reichspräsidenten v. Hindenburg für das Deutsche  
Reich im Krieg und Frieden Ausdruck zu geben. Der Reichs-  
präsident hat sich mit Dank für die ihm erwiesene Ehre zur  
Annahme dieser Würde bereit erklärt. Heute fand im Hause  
des Reichspräsidenten die feierliche Ueberreichung des Ehren-  
bürgerbriefes durch den Oberbürgermeister der Stadt Mün-  
chen, Schornagl, und den zweiten Bürgermeister, Dr. Künfer,  
statt. Im Anschluß hieran folgten die Münchener Bürger-  
meister einer Einladung des Reichspräsidenten zu einem  
Frühstück, an dem u. a. auch Reichspostminister Dr. Schäkel  
und der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. v. Preger, teil-  
nahmen.

### Aufdeckung einer Falschmünzwerkstatt

Bernriederode, 16. Jan. Der hiesigen Polizei gelang es,  
eine Falschmünzwerkstatt auszuheben. Als Täter kommen  
der Händler Weidemann und der wegen Falschmünzerei be-  
reits vorbestrafte Schlosser Wädlich in Frage, die falsche  
2-Mark-Stücke geprägt und bereits in Umlauf gebracht  
hätten. Die Polizei beschlagnahmte das Sonderwerkzeug der  
Verbrecher. Aufgedeckt wurde die Tat dadurch, daß die Poli-  
zei in der Wohnung einer Frau, die durch Vergiftung Selbst-  
mord begangen hatte, wegen des Selbstmordes eine Haus-  
suchung vornahm, wobei sie in der Wohnung der Selbst-  
mörderin die Falschmünzwerkstatt vorfand.

## Herr Schacht will sich nicht kontrollieren lassen

Weshalb darf die Gehaltspolitik der Reichsbank durch den Rechnungshof nicht nachgeprüft  
werden? — Gegen eine Nebenregierung

Berlin, 16. Jan. Daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht  
ein sehr autoritärer veranlagter Herr ist, davon hat er nach  
der Veröffentlichung seines Memorandums im Dezember v. J.  
jetzt im Haag erneut Zeugnis abgelegt. Aber auch noch ein  
dritter Vorfall, der sich vor längerer Zeit in der Reichsbank  
ereignet hat, demonstriert die Selbstherrlichkeit des Reichs-  
bankpräsidenten. Auch nach der Abänderung, die durch den  
Damesplan notwendig geworden war, sieht das Gesetz für den  
Reichsbankpräsidenten ausdrücklich vor, daß die Reichsbank ebenso  
wie jede andere Reichsbehörde unter die Kontrolle des Rech-  
nungshofes des Deutschen Reiches gestellt ist. In dem Haus-  
haltsgesetz wird bestimmt, daß alle Unternehmungen, soweit  
sie Gewinne an das Reich abzuführen haben, von den Rech-  
nungshof zu kontrollieren sind. Wie wir von gut unterrich-  
teter Seite hören, ist nun der Präsident des Rechnungshofes,  
Minister a. D. S a e m i s c h, als er entsprechend den gesetz-  
lichen Bestimmungen eine Kontrolle der Reichsbank vorneh-  
men wollte, auf den heftigsten Widerstand seitens Herrn  
Schachts gestoßen. Die Weigerung, sich kontrollieren zu  
lassen, begründete Dr. Schacht mit den Bestimmungen des  
Reichsbankstatuts, wonach die Reichsbank von allen politischen  
(!) Eingriffen des Reiches ferngehalten werden soll. Weiter-  
hin hat die Reichsbank die merkwürdige Auffassung vertreten,  
daß die Rechnungskontrolle ein politischer Eingriff sei, den  
sie unter keinen Umständen dulden werde. Die Angelegenheit  
hat damals auch das Reichskabinett beschäftigt, das den Stand-  
punkt der Reichsbank nicht gebilligt hat.

Trotzdem hat sie es nicht durchsetzen können oder  
wollen, daß die in der Öffentlichkeit viel ange-  
griffene Gehaltspolitik der Reichsbank der Kontrolle  
durch den Rechnungshof unterworfen wird.

Vielleicht ist durch die jetzt notwendig werdende Abänderung  
des Reichsbankgesetzes die Gelegenheit gekommen, in diesem  
Gesetz die Ausdehnung der Kontrollbefugnis des Rechnungs-  
hofes des Deutschen Reiches auch auf die Reichsbank fest-  
zulegen.

Der durch den Reichsbankpräsidenten im Haag herbeige-  
rufene Zwischenfall hat die öffentliche Debatte über eine  
Abänderung der gesetzlichen Stellung des Reichsbankpräsi-  
denten wieder recht lebhaft werden lassen. Wie nicht anders zu  
erwarten war, hat sich das Verlangen nach einer Einschrän-  
kung der Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten sehr ver-  
stärkt. Es werden jetzt Stimmen laut, die eine Eingrenzung  
dagegen fordern, daß auf dem Kosten des reichsunabhängigen  
Präsidenten der Reichsbank eine Nebenregierung entsteht, die  
bei jeder passenden Gelegenheit die von der Reichsregierung  
eingeschlagene Politik durchkreuzt. Jeder Mißbrauch der  
Zentralnotenbank durch die politischen Faktoren muß jedoch,  
wie ausdrücklich betont wird, ausgeschlossen werden, damit,  
vor allem im Interesse der Stabilität der deutschen Währung,  
die volle finanzielle Autonomie der Reichsbank gewahrt  
bleibe.

## In Kürze

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Saar-  
frage sind wieder aufgenommen worden.

In Neustettin brach in der dortigen Provinzial-Er-  
ziehungsanstalt gestern eine Revolte aus. Die Ruhe konnte  
erst, nachdem die Polizei eingegriffen hatte, wieder hergestellt  
werden.

## Prälat Kaas

Von Hans vom Banne.

II. (Schluß.)

Strejemann erkannte bald die großen Qualitäten  
des Mannes, der vielfach als sein Gegenpieler betrachtet  
wurde. 1926 lud er ihn ein, als Mitglied der deutschen De-  
legation mit nach Genf zu kommen und gewann damit eine  
wertvolle diplomatische Kraft. Kaas würdigte Genf als welt-  
umspannendes „clearing office“, aber er erlag nicht, wie so  
viele andere, der Atmosphäre des Völkerbundes. Mit beson-  
derem Nachdruck verfocht er die Auffassung, daß Deutschland  
sich von einer einseitigen Bindung an die Westmächte frei-  
halten müsse. In einer Reichstagsrede vom Sommer 1927  
würdigte er — der Rheinländer — die traditionellen Bezie-  
hungen zum russischen Volk und bekämpfte den Gedanken,  
Deutschland etwa in eine aggressive Front gegen Rußland  
einzuordnen. In der gleichen Rede sagte er, nach Westen ge-  
wandt: „Nur wenn aus dem Locarno-Gedanken ohne länge-  
ren Verzug die Taten erwachsen, welche die übrigen Ver-  
tragspartner uns schulden, wird seine Krisis überwunden  
werden können.“

Diese Beispiele kennzeichnen die Selbstständigkeit der Kaas-  
schen Denkweise. Einen glänzenden Beweis seiner großen  
geistigen und diplomatischen Fähigkeiten lieferte er bei der  
Herbsttagung des Völkerbundes 1927. Beim feierlichen Hoch-  
amt für die katholischen Mitglieder der Delegationen hielt er  
die Predigt in Notre Dame. Er sprach gegen die „finstere  
Dämonie des Krieges“, von der „unlösbaren Verbundenheit  
der Menschheit in Glück und Leid“; er mahnte Europa, sich  
auf seine idealen Grundlagen zu besinnen. Erst die kom-  
mende Generation werden den Sieg über die Dämonen des  
Macht- und Gewaltgeistes erleben; er forderte deshalb zur  
brüderlichen Zusammenarbeit an der Schaffung einer fried-  
lichen Zukunft auf. „Er gewann seine Zuhörer im Sturm“,  
bekannte ein englischer Journalist. Die Bedeutung der Rede  
bestand darin, daß hier ein Deutscher, ein Mitglied dieses  
verleumerten und verdächtigten Volkes sich in der unwiderleg-  
lichsten Form gegen den Geist der Gewalt und des Krieges  
aussprach. Ein Forum von internationalen Journalisten und  
Diplomaten wohnte ihr bei. Bewundernd wurde das faszinierende  
Gesicht des so überragend jugendlich wirkenden  
Kanzlerredners anerkannt. Es war ein friedlicher Erfolg für  
Deutschland, ein persönlicher für den Redner.

Seine Auffassung von der Räumungs- und Kon-  
trollfrage verfocht Kaas als Redner und Publizist mit  
wachsendem Eifer. Aber mehrfach zwangen ihn schwere  
Krankheiten, diese Tätigkeit für viele Wochen zu unter-  
brechen. Im November 1928 mußte er sich einer Magen-

operation unterziehen, die der Durchbruch eines Geschwürs durch die Magenwand nötig gemacht hätte. Man fürchtete das Schlimmste, aber der geschwächte Körper überstand die Krise. Die Erholungszeit, die Kaas gemeinsam mit Nutius Vacelli in Korjisch am Bodensee zubrachte, hat vielleicht dazu beigetragen, spätere Entscheidungen reifen zu lassen. Seine Stellung im Zentrum war keineswegs nur die des über den Richtungen stehenden Vermittlers. Mit Dr. Wirth hatte er mehrfach Auseinandersetzungen. Einem Bericht auf das schulpolitische Programm des Zentrums setzte er seinen ganzen Einfluß entgegen. Er verkündete unmittelbar nach dem Scheitern des Schulgesetzes, daß dieses Programm in der einen wie in der anderen Koalition verfolgt werden müsse.

Als die deutsche Regierung im Herbst 1928 die Völkerbundstagung räumungspolitisch zur Initiative benutzte und hierbei in eine Verquickung der Räumungsfrage mit der Frage einer Revision des Dawesplanes willigen mußte trat Kaas in direktem Gegensatz zur offiziellen Außenpolitik. Seine „zu starre“ Haltung in Genf wurde in der Linkspresse scharf kritisiert. Er setzte sich mit starkem Nachdruck dafür ein, daß unter seinen Umständen irgendwelche Ueberwachungskommissionen für das Rheinland auf unbegrenzte Dauer, also über 1935 hinaus, zugestanden würden. Er führte die Politik der Distanzierung zielbewußt fort, er warnte vor dem Erfolgshunger, und am 19. November sprach er im Reichstag, bei der Vorchau auf die Pariser Verhandlungen, sein berühmtes Wort: „Nieber ein ehrliches Nein als ein falsches Ja.“ — Es wurde das Programm weitest Kreise, die wie er die bisherige Richtung der deutschen Außenpolitik grundsätzlich bejahten, aber neuen Opfern, neuen Zugeständnissen einen Damm entgegenzusetzen wollten. Daß diese Einstellung zunehmende Auseinandersetzungen über die Methoden mit sich bringen mußte und muß, liegt auf der Hand.

Am 8. Dezember 1928 wählte der Kölner Parteitag des Zentrums, für die breite Öffentlichkeit überraschend, nach längerem Schwanken zwischen Stegmann, Koos und dem Plan eines Direktoriums, den Bräulaten Kaas zum Parteiführer. Es war eine großartige Bestätigung für die Richtung seiner auf Kulturpolitische und auf den inneren Ausgleich abgestellten inneren Politik wie für die Volkstümlichkeit seiner außenpolitischen Ansichten. Es war gleichzeitig die Frucht einer ähnen, stillen Arbeit, die mit feineren Mitteln zu Werke ging als lauter Ehrgeiz. Was will dieser Mann? fragte mancher. „Er hat sich noch nicht entschieden, ob er Minister oder Bischof werden soll.“ antwortete einer der alten Routiniers, die das Allzumenschliche in der Politik voranzustellen gelernt haben. Solche Leute übersehen, daß es auch einen Ehrgeiz der Idee gibt, der nicht auf Ämter als Selbstzweck abzielt, sondern sich als Diener eines höheren Willens fühlt. Kaas hat bald nach seiner Wahl die nächsten Antwort gegeben: Er habe es sich zur Aufgabe gesetzt, den Typ des an Ministerposten völlig uninteressierten Parteiführers wieder herauszubilden. Infolgedessen wurde er nach dem Tode Dr. Stresemanns, im Gegensatz zu der früher weitverbreiteten Anschauung unter den Nachfolgkandidaten nicht mehr genannt. Er richtete seine ganze Energie auf die Partei. Wenn die Linkspresse die Wahl des neuen Zentrumsführers als Ausdruck des Willens kommentierte, mit der Bayerischen Volkspartei zu einer Einigung zu kommen und die Katholische Aktion wieder eifriger in Tätigkeit zu setzen, so ging das keineswegs fehl. Eine gewisse Schwächung nach „rechts“ ist nicht zu leugnen. Sie manifestierte sich in Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie — beispielsweise bei der Erweiterung des Kabinetts, bei dem Panzerstiftungsplan im April dieses Jahres und letztlich bei der Vorbereitung der Reichsreform — sie trat auch in der zunehmenden Kritik des bisherigen Systems, in der ständigen Betonung der Notwendigkeit neuer konservativer Arbeit zutage. Ein deutlicher Beweis war die große Dortmunder Rede, die vor kurzem berechtigtes Aufsehen erregte, weil sie, angefangen vom Autoritätschwund, alle Mängel der jetzigen inneren Zustände undarmherzig geißelte. In allem tut sich eine stark positiv gerichtete Wackelpolitik des Zentrums kund. „Wir wollen nicht bloß im Anhängen ein bescheidenes Dasein fristen“, hat Kaas einmal von der gegenwärtigen Koalition gesagt, „wir wollen auf die Lokomotive!“

Die glückliche Fähigkeit zu prägnanten Formulierungen half seiner Außenpolitik im letzten Jahr, sich drinnen wie draußen steigende Beachtung zu verschaffen. „Ein Jahr der Stagnation und der Enttäuschung“ nannte er das vergangene Jahr. „Der Besatzungsgedanke ist tot“ — so leitete

er das neue Jahr ein. „Der Bestattungstermin ist weniger wichtig. Nur dürfen die Beerdigungskosten nicht zu hoch werden.“ Seiner steten Sorge vor neuen Opfern, durch die womöglich ein früherer Räumungstermin erkauft werden könnte, entsprang sein Briefwechsel mit dem Minister für die besetzten Gebiete vor der Haager Konferenz und, als ein nicht ganz beruhigendes Ergebnis in der Kontrollfrage in Kauf genommen worden war, seine spätere Differenzen mit Dr. Wirth. Er ließ nicht ab von seinen Bedingungen, nahm sich nunmehr sehr energisch der Saarfrage an und erreichte durch seine in festem und aufrichtigem Ton gehaltenen Reden, daß ein neuer Faktor sich in der deutschen Politik geltend machte: das Ausland ist nicht mehr, wie früher zuweilen, der unbedingten Zustimmung der Regierungsparteien zu den Abmachungen der Konferenzen sicher.

Der Mann, der einen bei aller Beständigkeit und Sentimentsfremdheit so tiefgreifenden und nachhaltigen Einfluß auszuüben vermochte, der vielleicht in der nächsten Zeit mehr noch als bisher im Zentrum des Geschehens stehen wird, ist alles andere als ein Kraftmensch oder ein Parlamentarier des üblichen Schlags. Nicht allein der schwarze Rock des Priesters hebt ihn aus der geschäftlichen Fülle, die über den roten Teppich der Reichstagsmandelhalle flutet. Seine schlaffe Gestalt mit dem eindrucksvollen, blauen Kopf, mit der hohen Stirn und den freien, offenen Augen erinnert an den Gelehrten. Es ist immer etwas von Stille um ihn, von der Stille des Studierzimmers oder einer Kirche. Seine Reden werden getragen von hohem Schwung, aber er verschmäht auch nicht den Humor, ein Wortspiel oder ein Zitat. Er verfügt über die melodische Stimme und die Beherrschung der Gesten, die den geübten Kesselredner auszeichnen. Er hat Würde an sich. Auch im Kleinen verbindet ihn vieles mit seinen Freunde Dr. Brüning, dem Steuer- und Haushaltsachverständigen der Zentrumsfraktion. Die allgemeine Achtung genießt er wie kaum ein anderer im Reichstag. Er wird zweifellos, wenn sein Gesundheitszustand kein Veto einlegt, in den nächsten Jahren eine sehr bedeutende politische Rolle spielen.

### Die Papageienkrankheit

Düsseldorf, 16. Jan. Von zwei vor etlichen Tagen in das hiesige Theresienhospital eingelieferten, von der Papageienkrankheit befallenen älteren Damen, zwei Schwestern, ist die eine gestorben. Ihr erkrankter Papagei war schon vor der Einlieferung der beiden Damen verendet.

## Wieder Ultimo-Sorgen der Reichskasse

Berlin, 16. Jan. Nachdem man eben erst mit Mühe und Not über den Jahresultimo hinweggekommen ist, macht, wie wir hören, die Gestaltung des kommenden Ultimos und vor allem des Vierteljahresultimos am 31. März schon heute dem Reichsfinanzministerium große Sorge. Aus der erhöhten Tabakksteuer sind bisher nur relativ geringe Beträge eingelaufen, und die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung stellt infolge der immer mehr wachsenden Arbeitslosenzahl erhöhte Anforderungen an die Reichskassen. Es wird daher wohl nichts anderes übrig bleiben, als erneut zu einem Ueberbrückungskredit seine Zuflucht zu nehmen. Die Auflegung einer Inlandsanleihe gilt jedoch entgegen anderslautenden Meldungen für so gut wie ausgeschlossen.

### Der erste Abtransport der deutsch-russischen Flüchtlinge nach Uebersee

Hamburg, 16. Jan. Reichskommissar Stücklen, der anlässlich des ersten Abtransportes deutsch-russischer Auswanderer mit dem Hamburg-Süd-Dampfer „Monte Olivia“ nach Brasilien in Hamburg eingetroffen ist, hat einem Vertreter des RWB eine Darstellung der gegenwärtigen Situation in der Aktion der Unterbringung der Auswanderer gegeben. Nach den Erklärungen des Reichskommissars befinden sich rund 6000 Flüchtlinge auf deutschem Boden, die sich auf die

### Die Indienststellung des Kreuzers „Köln“

Bilhelmshaven, 15. Jan. Bei schönem klaren Winterwetter fand heute vormittag in Wilhelmshaven die feierliche Indienststellung des Kreuzers „Köln“ und die damit verbundene Ueberdiensthebung des alten Kreuzers „Amazone“ statt. In einer Ansprache an die auf dem Achterdeck der „Köln“ angetretene Besatzung schilderte der Kommandant, Fregattenkapitän v. Schröder, das ruhmreiche Schicksal der ersten „Köln“, die am 28. August 1914 im Kampf gegen englische Uebermacht in der Nordsee unterging und von deren Mannschaft nur ein Mann, der zur Feier antworfende Oberheizer Neumann, der damals, drei Tage herumgetrieben, gerettet wurde. Ferner gedachte der Kommandant der Versenkung der zweiten „Köln“ bei Scapa Flow. Mit einem dreifachen Hoch auf das Vaterland und den Reichspräsidenten v. Hindenburg schloß er seine Rede.

Um 10.08 Uhr hie die „Köln“ Flagge und Wimpel, gleichzeitig holte die „Amazone“ Flagge und Wimpel nieder. Es waren eine große Zahl von Glückwünschen eingelaufen, von denen die des Reichspräsidenten, des Reichswehrministers Gröner und des Chefs der Marineleitung, Admiral Räder, verlesen worden. Darauf nahm im Namen der Stadt Köln für den verhinderten Oberbürgermeister Dr. Menauer, Stadtverordneter Dr. Köhle das Wort und wies auf den bedeutungsvollen Tag für die Stadt Köln hin. „Wir wünschen — so schloß er, — daß der „Köln“ ein glücklicheres Los als ihren Vorgängerinnen beschieden sein möge. Wir sind davon überzeugt, daß die „Köln“ mit ihrer Flagge im Auslande das deutsche Ansehen ehren und vermehren wird.“

### Zusammenstöße in Salzwedel

Salzwedel (Altmark), 16. Jan. Erwerbslose veranstalteten gestern abend einen Umzug durch die Stadt, an dem sich vor allem auch auswärtige Wanderburschen beteiligten. Die Demonstranten marschierten johlend und musizierend durch die Straßen. Als die Polizei die Musikinstrumente beschlagnahmte, zogen etwa 60 Mann zur Polizeiwache, um die Musikinstrumente „wieder zu erobern“. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Demonstranten, bei dem die Polizei vom Gummistängel Gebrauch machte. Erst nach längerer Zeit gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Der Haupttrübschreiber Sibinski aus Danzig wurde mit einigen anderen Burschen verhaftet. Er versuchte die Einrichtung der Saftkelle und verjuchte, sich mit Hilfe der draußen lagernden Genossen zu befreien, was ihm aber nicht gelang.

### Lager Hammerstein, Prenzlau und Kölln verteilt

Dem Reichskommissar liegen verschiedene Anerbieten für die Aufnahme der Deutschrussen von Kolonialgesellschaften vor. Die hanseatische Siedlungsgesellschaft „Gammunia“ bei Mummennau in Brasilien hat sich bereit erklärt, 250 Familien aufzunehmen. Diejenigen Deutschrussen, die sich bisher für Brasilien gemeldet haben, bilden den am Donnerstag abgefertigten ersten Transport von rund 190 Personen.

Die Krankheitsepidemie in Hammerstein ist nach den Angaben des Reichskommissars jetzt überwunden. Bezüglich der ersten Abtransporte nach Uebersee läßt sich bisher noch nichts sagen, jedoch dürften demnächst eine weitere Anzahl von Deutschrussen die Ausreise nach Brasilien antreten.

Der erste Ueberseetransport der deutsch-russischen Auswanderer traf kurz nach Mittag im Ueberseeheim der Hamburg-Amerika-Linie, der Beddel, ein. Zum Abschied fanden sich neben dem Reichskommissar Stücklen, der brasilianische Einwanderungskommissar, Oberst Gaehler-Netto, Vertreter des brasilianischen Generalkonsulates und Vertreter einer holländischen Mennoniten-Gesellschaft ein.

Reichskommissar Stücklen richtete an die Deutschrussen einige kurze Abschiedsworte. Die Auswanderer, die voll des Lobes über ihren Empfang in Deutschland sind und mit großer Goffnung die Reise nach Uebersee antreten, begaben sich nach der ärztlichen Untersuchung im Ueberseeheim an Bord eines Tenders, der sie nach der „Monte Olivia“ hinüberbrachte, welche am Nachmittag den Hamburger Hafen verließ.

## Im Banne der Turbine

Roman von A. Schöneberg.

(Copyright 1929 by Verlag Bechtold, Braunschweig.)

Der zweite Blick galt ihrem Handtäschchen, dem Seitenfutter, wo die geklauten Lauender steckten. Ein befriedigtes Lachen vertrieb für einen Augenblick die Schatten des Argers von ihren hübschen Zügen. Wenigstens das Geld war noch vorhanden, das Betriebskapital, ohne das sie gezwungen sein würde, die Hotelrechnung ohne den Wirt zu bezahlen.

Aber die Kette, die kostbare Kette! Die Kette war echt. Die hatte sie einem indischen Nabob abgekauft. Die war doch gut und gern ihre 10 000 Mark wert, vielleicht sogar das Doppelte oder noch mehr. Die Kette mußte sie um jeden Preis wiederhaben.

Um die übrigen „Schmuckstücke“ war es ja nicht schade. Die liehen sich mit ein paar hundert Mark wieder beschaffen. Talmi, Kittergold!

Aber die Klügere würde sie doch sein. Der angeblühte Graf war ja viel zu dumm, um ihrer Findigkeit zu entweichen. Sie fleidete sich an, ging ruhig, als sei nichts geschehen, hinunter, tat sehr erstaunt und sehr betrübt über die plötzliche Abreise des Grafen „aus geschäftlichen Gründen“, die ihr natürlich von dem eifrigen Direktor sofort mitgeteilt wurde, dankte mit besonderer Lieblichkeitswürdigkeit für die unter dem Siegel der Vertraulichkeit mitgeteilte neue Adresse des Grafen, und — ließ sich das Frühstück vortrefflich schmecken.

Kette, geschäftliche Gründe hat De gehabt, Jungchen! dachte sie. „Aber mer wer'n Dir schon!“ — Mit diesem Gedanken fuhr sie zum Hauptbahnhof. Eine Karte nach Brüssel war um die angegebene Zeit überhaupt nicht gelöst worden. Die Photographie des Grafen, von ihm selbst mit eigenhändiger Widmung versehen — wie dumm, der reinste Strohbrief — und ihr in einer fröhlichen Stunde verehrt, half ihr weiter. Die in Frage kommenden Beamten behaupteten, der betreffende Herr sei bestimmt nicht unter den Reisenden gewesen. Sie beschämen einen gewissen zuverlässigen Bild für Personen. Der schönen jungen Dame gegenüber waren sie natürlich sehr dienstfertig hübsch. So, also eilig, sehr eilig

sei der Herr gewesen? — Im, solche Leute pflegten gewöhnlich die Flugpost zu benutzen.

20 Minuten später stand sie im Bureau des Flughafens. Nicht vergebens. Der gesuchte Herr war in der Tat vormittags nach Berlin geflogen. Sie benutzte am Nachmittag das nächste fahrplanmäßige Verkehrsflugzeug. In Berlin waren die Herren der Luftbahn nicht minder lebenswürdig und erboten sich bereitwillig, alle erforderlichen Auskünfte, soweit ihnen möglich, zu erteilen. Die Nachsüde gestaltete sich im übrigen sehr einfach. Die Taxameterdrohische, die den Grafen in die Stadt gebracht hatte, war bald ermittelt. Eine halbe Stunde später brachte das gleiche Fahrzeug Miß O'Bryan in das nämliche Hotel wie ihren jauberen Galan.

Heinz Weidenau trat aus seiner Werkstatt-Garage, dem Geburts- und Aufenthaltsort seines Turbomotors, schloß sorgfältig die Tür hinter sich und blieb aufatmend stehen. Müde, müde war er. Er gähnte ein paarmal herzhaft und rieb sich die schmerzenden Augen. Den übermüdeten Pupillen tat das grelle Sonnenlicht doppelt weh. Seit drei Tagen war ihm alles in allem keine zehn Stunden Schlaf vergönnt gewesen. Die Natur verlangte gebieterisch ihr Recht. Sie sollte es haben. Es war Sonnabendnachmittag, Arbeitsruhe, und morgen ebenfalls.

Seine Turbine war fertig. Vor vierzehn Tagen oder einigen mehr hatte er das schon einmal geglaubt. Die Probefahrt hatte gezeigt, daß es ein Irrtum war. Sein Fahrzeug franfte an derselben Stelle wie alle Verbrennungsturbinen, an der Kühlung. Nur war bei ihm die Kühlung zu ausgiebig und bei den anderen zu gering. Zudem ließ sich die Kühlung nicht regulieren, und das hatte sich als schwerer Nachteil herausgestellt. Der Dampfleistungsring war zu schwer in Bewegung zu setzen, d. h. er griff zu spät in den Arbeitsgang ein, weil sich infolge der überdimensionierten Kühlflächen einfach kein Dampf bildete.

In mühseliger, langwieriger Arbeit hatte er eine neue Zündung eingebaut und zwei Drosselungen des Wasserumlaufs, eine von Hand verstellbare und eine selbsttätig wirkende. Bei der Eigenart seines Kühlsystems war das längst nicht so einfach wie es sich anbot. Ueberdies hatte er den Thermostaten Stück für Stück selbst herstellen müssen, ebenso wie die Zündungen. Die einschlägigen Fabriken konnten ihm nur die Grundbestandteile liefern. Den Zusammenbau und

die Ergänzungen mußte er selbst leisten. Er hatte sie, wie fast sämtliche Teile des Fahrzeuges, oft mit den primitivsten Hilfsmitteln, formen, gießen, schweißen, feilen, drehen und schneiden müssen.

Endlich, endlich war er fertig geworden. Wenn auch die Nächte darüber zum Teufel gegangen waren! Denn tagsüber war er in seinem Werk mehr als notwendig gewesen. Nun ging es noch einmal hinaus auf die Landstraße, ehe er die Neufonstruktion den Augen der Welt präsentierte. Noch einmal! Das letzte Mal, das sollte er. Das Fahrzeug war unbedingt fertig.

Zugelassen war das Fahrzeug schon bei der ersten Fertigstellung. Beinahe hätte die Zulassung und Versicherung unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben. Sollte er die betreffenden Beamten nicht persönlich gut gefannt dann wäre sein Erschrecken an dem bekannten Amtschimmel, der sich von Schema F nicht zu lösen vermochte, rettungslos verloren gegangen.

Dieses erheiternde Zwischenpiel hatte sich vor drei Wochen ereignet, und dann war es hinausgegangen auf die Landstrassen. Auf den schnurgraden Straßen des Tieflandes war er dahingeraus, rheinab und rheinauf und querab vom Strom bis fast zur belgischen Grenze. Die alten Meerstrassen, die von Köln ausgingen, nahm er unter die Räder: Die Köln-Frankfurter und die Leipziger Straße. Frankfurt war für seine Turbine tatsächlich nur mehr ein Nebenbühnenentwurf, und die Leipziger Straße folgte er bis weit in das Herz Deutschlands hinein. Aber nirgend, auch auf der besten, übersichtlichsten Geraden nicht, hatte er sein Fahrzeug ausfahren können, nicht einmal zur Hälfte. Schon um der Luftreisen willen war das nicht angängig, die sich bei diesem Tempo schon nach ein paar tausend Kilometer Fahrt in Wohlgefallen auflösen begannen.

Nun, er hatte sich vorgelesen. Eine stattliche Reihe Ertragreifen hingen an der Wand der Garage. Tiefbettsfuge mit Stahlstielmuff! Das war bis jetzt seine größte Sicherheit. Automatisch wirkende Schlauchdichtungsmittel halfen nach. Für reine Bahnrennen dagegen, wo Weltrekordgeschwindigkeiten in Frage kamen, trug er sich mit ganz bestimmten Plänen für einen Sonderreifen. Aber das hatte noch Zeit. Vorläufig war er ja noch nicht so weit. —

(Fortsetzung folgt.)

# Katholische Aktion und evangelische Sorgen

In der von Professor D. Martin Rade herausgegebenen Zeitschrift „Die christliche Welt“ findet sich ein von Professor Heinrich Hermelink verfaßter chronologischer Ueberblick über die Vorgänge und internen Entwicklungen innerhalb des deutschen Katholizismus. In durchweg unpolitischer und sachlich berichtender Form erörtert der Verfasser den gesamten Komplex der katholischen Aktion, die Auslassungen des Papstes, des Runtius Pacelli und des Kardinals Dr. von Faulhaber. Außerdem werden die Verhältnisse im Volksverein, im katholischen Akademikerverband und in der Zentrumsparlei betrachtet, ohne daß konfessionelle Antipathien, die derartige Darstellungen sonst leicht beeinflussen, sich hier in störender Weise bemerkbar machen. Nur mit den Schluppartien des Hermelinischen Aufsatzes, die sich mit der disziplinären Gewalt des Papsttums und dem Indignitätsbegriff befassen, können wir vom katholischen Standpunkt aus nicht einverstanden sein. Natürlich resultieren die Auffassungen des Aufsatzes aus der persönlichen Glaubenseinstellung des Artikelschreibers, die wir nicht teilen können, die wir aber als solche respektieren. Wir halten uns unbedingt an den Grundsatz, gegen persönliche Glaubensauffassungen nicht zu polemisieren.

Der Artikel von Professor Hermelink gibt uns aber erwünschte Gelegenheit das Verhalten der katholischen Aktion zu den katholischen Organisationen einseitig und zur Zentrumsparlei andererseits nochmals zu erörtern und vor allem die befürchteten „Auswirkungen“ auf den evangelischen Teil unseres Volkes zu untersuchen. Leider bestehen ja über die Interpretierung des päpstlichen Rundschreibens noch manche Mißverständnisse, die aber leicht ausgeräumt werden können, wenn wir die Entwicklungen der die katholische Aktion betreffenden Ideen von den Pontifikaten Leo's XIII. und Pius X. an verfolgen. Es muß immer und immer wieder betont werden, daß sich die katholische Aktion keine parteipolitischen und erst recht keine machtpolitischen Ziele hinsichtlich des nichtkatholischen Teiles unseres Volkes gesteckt hat. In den erwähnten Rundgebungen wird immer wieder hervorgehoben, daß die katholische Aktion sich von jeglicher Parteipolitik fernhalten soll und daß es für sie auch keine ausschließliche Form, die für alle Länder gleichmäßig bindend sei, gäbe. Die katholische Aktion will das reiche organisierte Leben des katholischen Deutschlands nicht beeinträchtigen, sondern sie setzt sich das Ziel, die gesamten katholischen Kräfte im Sinne einer religiösen Verinnerlichung zu sammeln und den Katholiken zur Verwirklichung der christlichen Grundzüge in seinem privaten und im öffentlichen Leben zu führen.

### Wir sehen die Hauptaufgabe der katholischen Aktion in der religiösen Erneuerung des sakramentalen Glaubenslebens und der Verlebendigung der Pfarrgemeinde.

Die katholische Aktion hat als vornehmlich religiöse und seelsorgliche Aufgaben, sie will das katholische Leben von seinen glaubensmäßigen Wurzeln von Grund auf erneuern. Daß sie daneben auch Stellung nehmen soll zu den sozialen Fragen und zu den Fragen der öffentlichen Sittlichkeit und der Durchdringung der Gesellschaft mit christlichen Grundgedanken, wurde schon erwähnt. Aber diese Seite der katholischen Aktion muß absolut von den religiösen Zielsetzungen her gesehen werden. Die andersgläubigen Christen brauchen nicht zu befürchten, daß diese Arbeit an der religiösen Wiedergeburt und geistigen Erneuerung aggressive Tendenzen in sich birgt, die den religiösen Frieden unseres Volkes gefährden könnten. Die Verlebendigung der katholischen Aktion durch den Heiligen Vater, Pius XI. muß unbedingt in einem Zusammenhang mit den religiösen Erneuerungsbestrebungen des Papstes Pius X. gesehen werden, denn das Eintreten dieses großen Papstes für die Reinheit des Glaubens, für die frühe Kinder- und tägliche Sakramentalkommunion beweiste natürlich auch nichts anderes, als eine Belebung der inneren Religiosität des einzelnen katholischen Menschen und der sakramentalen kirchlichen Gemeinschaft. Daß unsere Pfarrgemeinden nicht ausschließlich durch äußerliche organisatorische Maßnahmen reaktiviert werden kann, sondern daß die Erneuerung aus einer Vertiefung und Verinnerlichung des ganzen Glaubenslebens erfolgen muß, ist für jeden denkenden Katholiken eine Selbstverständlichkeit. Die katholische Aktion, wie sie vom Heiligen Vater Pius XI. verkündet wurde, ist also die konsequente Weiterführung der Absichten Pius X. Von hier aus lernen wir auch einsehen, daß die letzten Ziele der katholischen Aktion rein religiöser, glaubensmäßiger und sittlicher Natur sind.

Bei dieser religiösen Fundierung der katholischen Aktion liegt für die Andersgläubigen kein Anlaß zu irgend einem Mißtrauen und irgendwelchen Befürchtungen vor. Die Zeitverhältnisse sind auch nicht so, daß sich die christlichen Konfessionen erlauben könnten, miteinander in Unfrieden zu leben. Die Kampffront liegt heute nicht zwischen den christlichen Konfessionen, sondern sie wird gekennzeichnet durch die scharfe Gegenüberstellung: die Christentum, die neuzeitliche Heidentum.

Es ist die Aufgabe aller christlichen Konfessionen, in einträchtiger Zusammenarbeit für die Durchhebung des öffentlichen Lebens mit christlichen Grundgedanken zu tragen. Diese Forderung ist auch ganz klar in der programmatischen Rede aufgestellt, die Prälat Dr. Raas nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Zentrumsparlei am Schluß des Röhler Parteitagges gehalten hat. Er führte da aus: „Nichts liegt uns ferner, als zwischen uns und denen, die zwar nicht zur katholischen Kirche gehören, aber den Glauben an Christus mit uns teilen, den grundsätzlichen Trennungsschritt scharfer zu ziehen, als es das scheidende und friedliche Nebeneinander der Konfessionen gestattet. Der deutsche Katholizismus ist nicht aggressiv... Wer heute in engherziger Abschließung der christlichen Konfessionen voneinander, oder gar in ihrer Kampffront gegeneinander das Teil Deutschlands leben wollte, würde einen verhängnisvollen Fehweg beschreiten. Der Gedanke der Solidarität zwischen all dem, was an Christus glaubt, muß größer sein als das, was voneinander trennt. Der solidarische Kampf gegen alle diejenigen Kräfte, welche das christliche Deutschland entweder auf eine gewalttätige Weise vernichten, oder im langsamen Erschöpfungskampf niederringen möchten, ist das Gebot der

Stunde, nicht aber kleinlicher Eader der christlichen Konfessionen und Weltanschauungen. Diese Auffassung wird im katholischen Lager allgemein geteilt. Das Wirken der katholischen Aktion in der Öffentlichkeit besteht mit in erster Linie darin, daß sie die öffentliche Sittlichkeit, deren Tiefstand von keiner Seite geleugnet werden kann, zu heben und zu reinigen bemüht ist. In diesem Betracht also ist ein Zusammenarbeiten mit den Gläubigen anderer Konfessionen für die Erhaltung des Christentums nicht nur erwünscht, sondern direkt notwendig.

## Baden

### Wahres und Falsches und Schiefes

In Bestätigung und Ergänzung dessen, was wir in der gestrigen Nummer aus der politischen Vergangenheit Badens hier ausführten, schreibt uns unabhängig von dem von uns Geschriebenen ein bekannter Mitarbeiter:

Ein Dr. A. R. bringt in der „Neuen Badischen Landeszeitung“ vom 13. Januar eine Entgegnung auf den Artikel im „Bad. Beob.“ über die Vorgänge im alten Zentrum. Dabei wird Wahres, Schiefes und Falsches durcheinander geworfen. Ist es vollauf richtig, daß „der Staatsminister von Brauer mit voller Zustimmung Großherzog Friedrichs eine Annäherung zwischen Nationalliberalen und Zentrum er-

strebte“? Daß der Staatsminister von Brauer solche Ziele verfolgte, bestreiten wir nicht; dagegen machen wir schon ein Fragezeichen hinter die Behauptung „der vollen Zustimmung Großherzog Friedrichs“. Seit man seinen Brief von Schloß Baden vom 21. Juni 1898 kennt, wird man mit einer solchen Auffassung zum mindesten sehr vorsichtig sein müssen. Die bestehende Annäherung zwischen den beiden Parteien in Berlin hat er bekanntlich sehr skeptisch aufgenommen; denn er sah in dem Zentrum eine Partei, deren „Streben auf die Zerstörung des Reiches gerichtet sei“. Er vermutete hinter dem Zentrum „die Jesuiten“ und das sagt genug! Ja, soweit ließ man sich das Zentrum gefallen, daß es bei Wahlen da und dort den Nationalliberalen gegen den Demokraten oder den Sozialdemokraten zum Siege führe; allein diese Hausfnachtsrolle lehnte Wacker für das von ihm geführte Zentrum ab. Er hielt ein Zusammenarbeiten nur für möglich und erwägenswert, wenn die Gleichberechtigung vollauf gewahrt erschien.

Es gab eine Zeit, in der die Zusammenarbeit der beiden Parteien i. Bt. durchaus möglich war. Als die Herren Winterer und von Neubronn zum kirchenpolitischen Frieden mahnten, aber leider keinerlei Verständnis bei den Führern fanden und dann verbittert vom politischen Kriegsschauplatz abtraten; als Defan Rander-Sasbach noch die Führung hatte und vor seinem Zentrum die bittere Enttäuschung erleben mußte. Damals fiel die Hauptentscheidung in der hochpolitischen Frage. Auf Grund dieser Entscheidung schrieb Dr. Hansjakob, sicher kein Busenfreund Wackers: „Die Extremen (im Zentrum) haben doch recht gehabt! Wenn heute Extreme und Gemäßigte sich die Hand reichen, so sind die Liberalen selbst daran schuld.“

Als es sich anfangs dieses Jahrhunderts immer noch um die Klosterfrage in Baden drehte, als die baar Kapuziner-

# „Der finstere Sohn des Schmiedes“

## Anekdoten aus dem Leben Mussolinis

Mussolinis Lebensgeschichte, von seiner Sekretärin Sarfatti verfaßt (deutsche Ausgabe im Paul List-Verlag, Leipzig) liegt dem Folgenden zugrunde.

Amerikaner haben dem Duce den Beinamen „Der finstere Sohn des Schmiedes“ gegeben. Ein wahres Wort. Er ist der Sohn eines kleinen Schmiedes und einer Dorflehrerin. Daß der Gesichtsausdruck dieses die Welt erregenden Staatsmannes finsterehend ist, bestätigt jedes Bild. Man darf wohl sagen, von den 13 Diktatoren, die heute Europa aufweist — man sieht es triefelt im „Zeitalter der Demokratie“ — hat wohl keiner eine so abenteuerliche Vergangenheit hinter sich wie Mussolini. Einmal war er Gast europäischer Gefängnisse, die verschiedensten Berufe hat er durchwandert: vom Volksschullehrer zum Maurer, Weinausträger, Romanschriftsteller, Student, Journalist, Soldat, Abgeordneter. Den Vornamen Benito gab ihm der sozialistische Vater nach dem berühmten mexikanischen Revolutionär Benito Juarez, der den habsburgischen Prinzen und Kaiser von Mexiko standrechtlich erschossen ließ. In einem Salesianerkloster wurde dieser Revolutionär in die Anfangsgründe der Bildung eingeweiht.

einfach ermorden lassen. Da kamen aber Briefe seines Verlegers Cesare Battisti: „Bring sie nur ja nicht um, um Himmelswillen, das Abonnement muß erneuert werden. Gib ihr noch ein wenig Sauerstoff, denn das Beglückungsjahr läuft ab.“ So unterhielt der kommende Diktator mit seinen rührseligen Mordgeschichten die Nähmädchen und Handelsgehilfen des kleinen Städtchens, die mit Strömen von Kränzen Mussolinis Tintenflex nähten. Bald darauf gründete er eine neue Zeitschrift „Utopia“. Andere Werke find nie niedergeschrieben worden, obwohl Titel und Handlung in seinem Kopf feststand; der Chefredakteur des „Popolo d'Italia“ sagte einmal: „ich könnte Schauspieler und Bühnendichter werden. Mein dreiaktiges Drama „Die Lampe ohne Licht“ ist schon fertig, ich muß es nur niederschreiben.“ Seiner Biographin zeigte er ein Blättchen: „Sehen Sie, hier ist mein Buch „Mythos und Kezerei“ enthalten. Jehn Kapitel für und fertig. Das wird eine bedeutende Leistung sein.“ Auf dem Blättchen standen zehn Unterstrichen. Andere nie geschriebene Dramen haben zum Gegenstand Themen, wie Blutschande, uneheliche Nonnenkinder, geisteskranke Violinspieler oder soziale Kämpfe.

### In Lausanne 1902 und 1922.

Den Sommer des Jahres 1902 verbringt der 19jährige Mussolini in der Schweiz; am Tage der Abreise wird sein Vater Alessandro ins Gefängnis gebracht wegen unbefugten Deffiniens einer Wahlurne. In einem Briefe aus Lausanne vom 3. 9. 1902 schildert er seine Leidenszeit. In Orbe findet er endlich Arbeit als Maurergehilfe: Arbeitszeit 11 Stunden täglich. Eine Woche später muß er schon wieder die übermächtig anstrengende Arbeit aufgeben. Der Hunger peiniget ihn; die einzige Münze, die noch sein Eigen ist, ist eine Pfennigmünze von Karl Marx, für die es kein Brot zur Beschäftigung seiner Hungerkrämpfe gibt. In einer Vorstadt von Lausanne nähert sich einer Familie ein hohlwangiger Wandersmann. „Habt Ihr Brot? Gebt mir davon“, sagt der zukünftige Ministerpräsident. Er schläft unter einer Brücke in einer leeren Holzstube aus einer nahen Druckerei. Beim Erwachen wird er wegen Landstreicherei verhaftet; das war die erste Verhaftung in seinem Leben.

### Der „Kaiser der Bürokraten“.

Wie hoch die roten Autoritäten den früheren Sozialisten und jetzigen Faschisten Mussolini schätzen, konnten die italienischen Gewerkschaftler erfahren, als sie 1919/20 Lenin in Rußland die Huldigungen des vor dem Triumph des roten Italien stehenden Landes überbrachten. Lenin fragte sie: „Und Mussolini? Warum habt ihr ihn verloren? Das ist schlecht, sehr schlecht! Schade! Er ist ein entschlossener Mann, er hätte euch zum Siege geführt.“ Und Trozki sagte: „Ich weiß, Mussolini! Die einzige wertvolle Karte habt ihr verloren, den einzigen Mann, der imstande gewesen wäre, die Revolution im Ernst zu machen.“ Der verantwortliche Staatsmann sagte einmal zu seinen Faschisten: „Wißt ihr, was ich bin? Ich bin der Gründer und Großmeister des Ordens vom großen Regenschirm. Der große Regenschirm für alle, meine Herren.“ Und kurz vor der Revolution: „Wir sind in gewissem Sinne Republikaner, weil wir einen Monarchen vor uns sehen, der nicht genug Monarch ist.“ — „Ich möchte mich mit Europa beschäftigen, mit der Stellung Italiens in Europa, aber die Leute wollen, daß ich mich für den Zwiespalt unter den Faschisten von Tradate interessiere. Man muß ein Ende machen mit dem Lurche- und kleinlichen Apothekergeist eines kleinen Italien.“ — „Die Regierung, sagt ihr? Die Regierung? Aber das ist ja nur eine große Bürokratie, deren Kaiser ich bin; Kaiser der Bürokraten. Der Staat? Bei großen Hochzeiten, Begräbnissen und Feiern pflegen sich 60 bis 70 Zylinderhüte trüblich und ungeordnet zusammenzufinden, die den Staat vorstellen.“ — „Für Wiederherstellung des Staates habe ich ein kleines geheimnisvolles Wörtchen der Vergessenheit ent-rissen: das Wort Nein! Der italienische Staat hatte von Jahr zu Jahr immer mehr an Ansehen und Vertrauen verloren, weil er immer allem zustimmte. Aber wer regieren will, muß auch fähig sein, Nein zu sagen.“ — „Ihr wißt ja, daß ich immer unzufrieden bin. Ich muß unzufrieden sein. Wehe dem, der zufrieden ist. Er legt Bauch an und schläft auf dem Amt ein. Man muß wachen, mißtrauen und vorwärtsgehen. Ich bin ein Haupt, das vorangeht, nicht ein Führer, der hinten nachfolgt.“

### Geschriebene und ungeschriebene Werke Mussolinis.

Die italienischen Sozialisten beriefen Mussolini als Sekretär der Arbeitskammer nach Trient; er übernahm dann die Redaktion des „Il Popolo“ (Das Volk). Neben Politik, Propaganda, Vereinsbetrieb, französischen Stunden und dem geliebten Violinspielen hat er Kraft und Zeit zu kleinen Arbeiten, die folgende Titel tragen: „Ueber die Poesie des Friedrich Schlegel“, „Die Frauengestalten in Schillers Wilhelm Tell“, „Platen und Italien“; diese und andere literarischen Artikel plante er als Band „Kritische Studien über die deutsche Literatur“ herauszugeben. Dieser begeisterte Schüler Machjavellis und Nietzsche verlebte sich in den idealistischen Schwung Schillers. Ein anderes Manuskript „Geschichte der Philosophie von Venito Mussolini“ konnte nie gedruckt werden, da eine junge Frau es aus Eifersucht verbrannt hat; sie hat die fremden Namen der Philosophen zusammenbeschrieben mit dem Ergebnis, es müßten Frauen-namen sein und die Philosophiegeschichte sei nichts als eine Liebeskorrespondenz; so wurde sie den Flammen übergeben. Gar zu Novellen und Schundromanen schwang sich der phantastische sozialistische Schriftsteller und berechnigte italienische Diktator auf. Einer dieser Schmöker hat den geschmackvollen Titel: „Claudia Particella oder die Geliebte des Kardinals“. Der Erfinder dieser Geschichte verlor oft die Lust zu den ewigen Fortsetzungen, die alle im „Il Popolo“ erschienen. Um zu Ende zu kommen, wollte er die Geliebte

### Wer ist Mussolini?

Was ist und wer ist nun eigentlich dieser Mann Mussolini? Durch eine Rundfrage wollte kürzlich eine faschistische Zeitung die beste Definition der Persönlichkeit Mussolinis haben. Mussolini telegraphierte sogleich an den Präsekten der betreffenden Stadt: „Kaffen Sie jenen Chefredakteur rufen und eruchen Sie ihn, diese Rundfrage mit folgender Autodefinition zu beschließen: Da Mussolini erklärt selbst nicht genau zu wissen, was er ist, so werden es die anderen wohl auch schwerlich wissen. — Er möge also seine Rundfrage mit dieser Erklärung vorläufig unterbrechen. Vielleicht kann er sie in fünfzig Jahren wieder eröffnen.“ „gez. Mussolini.“ Ironisch bemerkte der Diktator einmal: „Wenn alles gut geht, werde ich vielleicht in dreißig Jahren in einem öffentlichen Garten eine Büste haben. Treffpunkt der Damen und Dienstmädchen. Hinter der Büste von Mussolini, um 8 Uhr, werden sich die Verliebten verabreden. Eine schöne Befriedigung.“

Löster im Mittelpunkt des öffentlichen Kampfes standen, gab's im Zentrum wie in der kirchlichen Zeitung wohl Leute, die optimistisch auf eine friedliche Lösung der Frage hofften. Allein je mehr das Ministerium in den Verdacht kam, zwei oder drei Kapuzinerlöster genehmigen zu wollen, um so rasender wurde der hauptsächlich von den Jungliberalen entfachte Klostersturm, so daß man nach einer solchen Protestversammlung den Eindruck hatte, es wirbelten Ministerfüße in der Luft. So berichtete damals die „Badische Landeszeitung“. Vom Klostersturm von 1859/60 führt eine gerade Linie zu dem Klostersturm von 1902/3.

Die hoffnungsfrohe, aber falsche Beurteilung der politischen Lage in unserem Lager kam jeweils daher, daß man über den guten Willen da und dort in Karlsruhe die kulturkämpferische Einstellung in der Führung der damals noch allmächtigen nationalliberalen Partei überließ. Daran scheiterten in den achtziger Jahren Bender und seine Anhänger, daran scheiterten die Optimisten von 1902. Ob Erzbischof Thomas, von Karlsruhe beeinflusst, zu diesen Optimisten eine zeitlang zählte, dafür wie darüber wird bei dem heutigen Stand der Frage kaum ein schlüssiger Beweis zu erbringen sein. Das bleibt so, auch wenn man ein Wort des Großherzogs in Betracht zieht, von dem in dem Buch Dr. Schöfers „Mit der alten Fahne in die neue Zeit“ berichtet wird. Seite 64 schreibt Schöfers:

„Zwei Parteien mochte er (Großherzog Friedrich I.) nicht leiden, die „Schwarzen“ und die „Roten“. Wenn indessen die erste Stelle in dieser Wertung zum Ausdruck kommen sollte, wird schwer zu sagen sein, immerhin hatte der Landesherzog 1898 den Erzbischof Thomas angefeindet. Der eine ist in die Schranken zu weisen! Daß der eine niemand anders sein konnte als Theodor Wader, das lag für jedes Kind auf der Hand.“

Das war 1898, aber erst bei den Neuwahlen 1903 lehnte Wader eine Wiederwahl ab. Im Jahr zuvor aber hat Thomas Nordher auf dem Katholikentag zu Mannheim das deutliche und viel beachtete und vom Nationalliberalismus schwer empfundene Wort gesprochen, man müsse den Katholiken auch am Stimmzettel erkennen!

Bei dieser Sachlage kann man ohne Verletzung der geschichtlichen Wahrheit nicht „die Intransigenz Waders“ als Ursache des Nichtzustandekommens der Annäherung der beiden Parteien ausgeben. Was Wader eigen war, das war der klare Blick für die Wirklichkeit der Lage; dieser Blick beharrte ihn vor der Irrführung wie vor dem Mißbrauch werden. Dagegen kann auch nicht „die offene Revolte in seiner Partei“ angeführt werden; denn eine solche bestand nicht; gewiß, es hat 1901 Leute gegeben, wie es 1903 solche gab, die sich bestimmen ließen, die so sehr ersehnte Wahlhilfe der in Bedrängnis stehenden Nationalliberalen zu bringen; allein die Partei als solche lehnte diese Rolle ab. Wichtig ist, daß Bender damals mit 11 anderen Zentrumsabgeordneten für eine Militärvorlage gestimmt hatte und so von der Partei des Zentrums nicht mehr aufgestellt wurde. So stellte er sich selbst auf; die Parteileitung wahrte ihren Standpunkt und ließ Bender gewähren. Als er die Lage überließ, führte er am 24. September 1905 bei der Kandidatenaufstellung zu Sasbach im „Nahen“ folgendes aus:

„Ich habe keine Hoffnung auf Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens, wenn eine gewisse (= jungliberale) Richtung vertritt in die Kammer einzieht. Ich habe in manchen Fragen meine eigenen Ansichten und bin nicht mit allem einverstanden, was seitens der Zentrumsparlei in den letzten Jahren geschieht; aber heute erachte ich es als meine Pflicht, die Katholiken zu einem einheitlichen Vorgehen zu bestimmen! Denn wehe uns, wenn der Liberalismus die Mehrheit im Lande erringt! Niemals soll es gelingen, daß eine Minorität die Masse des Volkes vermagt, wie es früher von liberaler Seite geschehen ist.“ (Siehe Vor: Franz Xaver Bender S. 169.)

Zu diesen Kämpfen spielt auch der Name Konstantin Fehrenbach eine Rolle. Daß der angehende Abgeordnete in den achtziger Jahren auf Seiten Benders stand, ist allgemein bekannt. Er trat, nachdem er 1887 aus dem badischen Parlament infolge seiner feiner Einstellung ausgeschieden war, 1901 mit voller Billigung von Wader wieder in den badischen Landtag ein; ebenso wurde er 1903 mit voller Billigung Waders Reichstagsabgeordneter im 6. badischen Wahlkreis. Es ist einfach nicht wahr, daß die Aufstellung Fehrenbachs wider den Willen Waders erfolgt sei! Es leben noch Zeugen, die das voll und ganz bestätigen. Wir haben uns darüber verläufigt. Wahr dagegen ist, daß 1905 und 1909 der Liberalis-

mus es erzwang, den Abg. Fehrenbach, wiewohl er die stärkste Fraktion im Landtag vertrat, nicht Präsident werden zu lassen. Daran darf man in diesem Zusammenhang wieder erinnern. Die Demokratie hat damals treulich mitgemacht, wiewohl sie durch viele Jahre auf den Krücken des Zentrums in den Landtag eingezogen war. Da fand selbst der „gemäßigte“ Fehrenbach kein Recht! Die brutale Gewalt verweigerte ihm das Präsidium.

Was von dem Wunsch des Großherzogs, „die großen bürgerlichen Parteien seines Landes gegen die Sozialdemokratie zu einigen“, zu halten ist, wurde 1905 klar, als die großherzogliche Regierung den Großklub einsetzte und Reserveroffiziere und hohe Beamte das „rote Vieh“ zum Siege führen halfen. Diese Erlebnisse haben Hansjakob wie Fehrenbach damals von jedem Optimismus geheilt. Es will uns scheinen, daß solcherlei Erinnerungen wieder etwas Zeitgemäßes haben.

Nachtrag. Zu dem gestrigen Artikel über die hier in Betracht kommenden Fragen sei festgestellt, daß Wassermann 1903 bei den Reichstagswahlen Kandidat im 10. Wahlkreis (Karlsruhe) war. Die Landtagswahlen, bei denen in Karlsruhe mit Zustimmung des damaligen Stadtpfarrers von Sankt Stefan eine Kompromißliste aufgestellt werden sollte, fanden im Jahre 1901 statt. Der Bericht Waders auf eine Kandidatur betrifft die Landtagswahlen 1903.

**Sie haben Angst davor!**

Wir haben über die Entwicklung des „evangelischen Volksdienstes“ und die „christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft“ und den „christlich-sozialen Volksdienst“ berichtet, auch mitgeteilt, was die „Frankfurter Zeitung“ dazu meint. Nun kommt das Hitlerorgan, der „Völkische Beobachter“ vom 14. Januar, und stellt angehts der genannten Bewegung die Frage: „Evangelisches Zentrum?“ Aus jeder Zeile des Artikels spricht die pure Angst, es könnte aus der Bewegung politisch und sozial etwas Ordentliches werden und sie so der Hitlerbewegung Eintrag tun. Da es um eine christlich orientierte Bewegung geht, preißt das Hitlerblatt die christliche Gesinnung seiner eigenen Richtung an. „Im Programm der Nationalsozialisten siehe die Wahrung eines positiven Christentums und Ausbildung sittlicher Systeme, soweit sie mit germanischen Werten vereinbar seien.“ Die Herabsetzung stammt vom Hitlerorgan selber. Wir kennen die Sache; die „schwarze Internationale“ wird nach der Schrift des Abg. Roth nicht dazu zu zählen sein.

„Wir werden“, so geht's weiter, „auch ihr (der evangelischen Kirche) jede religiöse Duldung angedeihen lassen, auf die sie ihr Recht hat.“ Dieser Müllschmutz wirkt sicherlich imponierend, besonders da er noch also ergänzt wird: „Wir werden einst den roten Terror brechen, der sich anbahnt, ebenso zu wüten wie in Sowjetrußland. Wir werden auch den frechen jüdischen Anpöbelungen rücksichtslos ein schnelles Ende bereiten, die Tag für Tag über Geistliche heider Vekanntnisse und germanisches Denken ungehindert niederbrasseln.“ Wie schon! Vielleicht fängt die Hitlerparlei einmal bei sich an und sorgt dafür, daß der hl. Ignatius nicht mehr ein Jude geschimpft wird, daß ein Töberer die katholischen Geistlichen nicht mehr mit den schwarzen Kapuzen vergleicht, die im Frühjahr mit Fadeln von den Häumen heruntergebrannt werden sollen. Wie hat Kardinal Faulhaber in München geklagt? Selbst in der Ketzerei sei er nicht so beschimpft worden wie unter der Hitlerherrschaft. Es ist offenbar diesem bösen Gewissen zuzuschreiben, wenn der „Völkische Beobachter“ also weiterfährt: „Das ist positives Christentum im Gegensatz zum negativen, welches das Zentrum mit seiner Dinnepolitik gegenüber dem Marxismus betreibt, wo es sich sittlich beschämen läßt, wenn

nur viele fette Minister- oder Landratsposten herausgepreßt werden können.“

Das schreibt eine Partei, die in Sachsen mit den Kommunisten anzubekeln suchte, eine Partei, die in Thüringen eben selbst auf einen „fetten Ministerposten“ klettert, die über die parlamentarischen Einrichtungen schimpft und selbst Freikarten und Immunität trefflich zu benutzen versteht! Wir finden solch ein Verhalten „birnenhart“.

Das Hitlerblatt versteht aber nicht nur zu schimpfen; es weiß auch zu betteln; es fleht die von der Bewegung des christlich-sozialen Volksdienstes förmlich an, doch keine „politische Partei zu gründen; einer solchen fehle „jene Kraft des Widerstandes“, „um den roten Terror in allen Städten Deutschlands zu brechen“. Gaben bis heute die Hitlerianer irgendwo den roten Terror gebrochen? Mit der Phrase „ja“, in der Lat „nein“!

Nach diesem Winkeln vor der christlichen Volksdienstbewegung verlegt das Blatt sich also aufs Prophezeien: „Die deutsche Zukunft gehe über Klasse, Kastendünkel und Konfessionspolitik hinweg! Alle Versuche, diesen Schritt des Schicksals aufzuhalten, könnten nichts verhindern, wohl aber verzögern. Verzögern zum Schaden eben jener, die die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstanden.“ Stolz auf diese Prophezenleistung stellt nun Herr Alfred Rosenber die Frage: „Will der Evangelische Volksdienst zu diesen gehören?“

Wir sind überzeugt, dieses Betteln, Winkeln, Prophezeien und Schimpfen wird riesig imponieren und die vom Evangelischen Volksdienst aufhorchen lassen! Vor allem werden sie ablassen, ihre Bewegung vorwärts zu treiben, weil die Hitlerianer Angst davor haben!

**Die Arbeiterchaft im Kampf um den Aufstieg**

Zu dieser Artikelserie (siehe Nr. 4, 7 und 8 des „B. B.“) geht uns aus Kreiten des Handwerks eine weitere Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen:

Der Artikel richtet seine Spitze gegen das gesamte Unternehmertum, gegen alle Arbeitgeber. Glauben denn die Arbeiter und deren Vertreter, daß es den Arbeitgebern wirklich so gut geht wie allgemein angenommen wird. 95 Prozent davon geht es ganz gewiß nicht so. Wenn einzelne Großindustrien noch rentabel sind, so liegt das aber ganz gewiß nicht im Willen der Arbeiterchaft, sondern an dem Umstand, daß diese eben Monopolstellung einnehmen und ihre Ware zu verkaufen können, daß eben noch ein Verdienst übrig bleibt. Die Mehrzahl der Arbeitgeber, die im Konkurrenzkampf ihre Arbeit holen müssen, hat diese Rentabilität nicht. Der preussische Finanzminister ist zitiert, was er vor einigen Wochen gesagt haben soll und das macht der Artikel zu seiner eigenen Meinung. Der Finanzbedarf einzelner Länder, die angeblich mehr pro Kopf der Bevölkerung für ihre Verwaltung ausgeben, ist aufgezählt und in Reichsmark ausgedrückt. Nicht angegeben hat aber der Statistiker die Einkommensverhältnisse und Steuerlasten auf den Kopf der Bevölkerung in diesen Ländern in Reichsmark umgerechnet. In Amerika, England und Schweden hat man ganz andere Verhältnisse, als wie in dem verarmten Deutschland. Der Herr hätte angeben müssen, was ein Arbeiter in der gleichen Stellung prozentual zu seinem Einkommen in diesen Ländern an allgemeiner Steuer bezahlt, und was in Deutschland der Arbeiter bezahlt nach Abzug aller Vergünstigungen, dann wird er schon sehen, wo der sozial am weitest gehende Staat ist.

Aber das muß doch den Herren klar sein, daß in einem verarmten Staat, der zudem noch sozial an der Spitze marschiert, der größte Teil der Arbeitgeber nichts mehr erbringen kann. Der vierteljährliche Umlagesteuerfuß wird als Maßstab für den Verdienst in der Volkswirtschaft angeführt. Weshalb nicht der jährliche? Nicht ein Vierteljahr ist gleich hoch wie das andere. Und die in dem Artikel angegebene Steigerung vom Jahr 1925 bis 1928 ist nicht einmal so hoch, wie die Lohnsteigerung und die Materialwertenerung in der gleichen Zeit, von den Unkosten ganz abgesehen. Wo soll da der Verdienst liegen?

**Kauit Wohlfahrts-Briefmarken!**

**Gefährliche Mergste**

Erlebtes aus der Besatzungszeit.

Von Jakob Kneip.

**Seltene Furt.**

Das Städtchen Diez an der Bahn, in dem ich zu Beginn der Besatzung wohnte, lag an der Grenze der französischen Zone. Die Sperre für Lebensmittel, Post — überhaupt für jeglichen Verkehr nach dem unbesetzten Deutschland wurde aufs schärfste durchgeführt. Auch die Landstraßen wurden scharf überwacht, und die einzige Fährte zwischen Diez und Bimburg, die den Verkehr nach den jenseitigen Dörfern vermittelte, mußte ihren Betrieb einstellen.

Ganz in der Nähe dieser Fährte wohnte ich. Das Haus, eine alte Klostermühle, lag am Fuße des Schlosses Oranienstein, dicht am Ufer der Lahn.

Im Sommer 1919 nun starb in dem uns gegenüber liegenden Dorf Aul einer meiner Schüler. Der Begräbnistag aber war außerordentlich heiß, und um mir nun in der Hitze den weiten Weg bis zur Diezer Brücke und die Scherereien mit dem französischen Posten zu ersparen, entschloß ich mich, in der Nähe meiner Wohnung eine Furt zu suchen. Sie war bald entdeckt. Das Wasser reichte mir an der tiefsten Stelle gerade bis zur Brust.

So begab ich mich nachmittags, mit Zylinder und Gehrock angetan, zu dieser Furt, zog die Kleider aus, bündelte sie zusammen, hielt sie mit einer Hand hoch und stieg hinauf in den Strom. Der Zylinder aber behielt ich auf dem Kopf.

Alles schien gut zu gehen. Aber als ich eben am andern Ufer aus dem Wasser steigen wollte, erblickte ich an einer Flußbiegung eine französische Uniform. Ich dachte an eine Streifwache und bekam einen Schreck. Aber es war nur ein Soldat, der dort angelte. Und der Schreck des Franzosen, als er da einen Mann im Damskostüm, den Zylinder auf dem Kopfe, plötzlich aus den Fluten steigen sah, muß noch weit größer gewesen sein: er ließ die Angel fallen und starrte mich fassungslos an.

Ich hielt es nicht für angebracht, ihn über das Räthel aufzuklären, sondern zog eiligst meine Kleider an und kam rechtzeitig zu dem Begräbnis nach Aul.

Mein Beispiel aber fand Nachahmung. Einige Mäher hatten meinen Ueberzug mit angesehen, und alsbald entwickelte sich an meiner Furt, vor allem zur Nachtzeit, ein lebhaftes und lustiges Gerübel und Gemithe.

**Nächtlicher Ueberfall.**

Kurz darauf aber erlebte ich mit der Besatzung einen Fall, der viel weniger harmlos verlief, der vielmehr die ganze Unsicherheit und Not unserer Lage beleuchtete:

Ich hatte bei einem Freunde unten in der Stadt den Abend verbracht und wollte gegen 11 Uhr nach meiner Wohnung zurück. Mein Weg führte über eine Anhöhe, durch ein Wäldchen, dann durch eine Alee nach Schloß Oranienstein hinab. Es war eine breite Fahrstraße, die sonst von Gaslaternen beleuchtet war. Aber gerade in dem Wäldchen brannte in jener Nacht auf meinem Heimweg keine einzige Laterne. Dazu war es sehr regnerisch und dunkel.

Doch ich war den Weg tausendmal gegangen und schritt vollkommen sicher und unbefürchtet hinan.

Schon bin ich am Ende des Wäldchens angelangt, da höre ich plötzlich hinter mir ein Geräusch. Aber noch ehe ich mir darüber klar werden kann, bin ich von beiden Seiten gepackt und zu Boden gestrissen. Ich erkenne trotz des Dunkels zwei, drei Soldaten in Stahlhelmen, die sich über mich warfen; einer hält mir einen Revolver vor die Stirn; ein anderer drückt mir Mund und Kehle zu. Einer aber steht aufrecht neben mir und wiederholt mit gedämpfter Stimme:

„Faites votre service, faites votre service...“ (Zur euren Dienst!)

Ich hatte schon mit meinem Leben abgeschlossen, ich war ja gänzlich waffen- und wehrlos. Und das Furchtschweigen war mir in dieser entsetzlichen, unergiebigen Finsternis, daß ich nun, heil durch den Krieg gekommen, hier in der Heimat schändlich hingemordet werden sollte. Da aber merkte ich, wie man meine Kleider aufriß und meine Taschen durchsuchte.

„Sans doute, il a de contrebande“ (Ohne Zweifel, er hat Schmuggelware), sagte der Anführer. Ein Hoffnungsschimmer. Sie gaben sich den Anschein einer Streifwache und raubten mich dabei aus. Und richtig: als sie ihr Werk vollbracht, sprangen sie ins Dunkel des Waldes zurück und waren verschwunden.

Nach halb betäubt stand ich auf, untertucht und fand, daß meine Uhr, mein Füllfederhalter und meine Briefkäse mit Geld fehlte. Als ich am nächsten Morgen den Ueberfall auf dem deutschen Polizeiamt und bei der französischen Kommandantur meldete, erhielt ich, daß an der gleichen Stelle in der Nacht zwei Dieber Bürger das nämliche Schicksal widerfahren war. Eine oberflächliche Untersuchung wurde eingeleitet, aber die Schuldigen wurden nicht gefunden.

Der Wiener Arzt Rudolf Mers, Autorität auf dem Gebiet der Psychologie, Neuropathologie, Psychotherapie und Schriftleiter der „Allgemeinen ärztlichen Zeitschrift für Psychotherapie und psychische Hygiene“, hat im April 1929 bei Herder in Freiburg im Breisgau ein

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit NIVEA CREME Preise: RM. 0.20-1.20



# Badischer Landtag

## Aussprache über die Regierungserklärung

### Stimmungsbild

Karlsruhe, 16. Januar 1930.

Politische Generaldebatten sind Höhepunkte politischen Lebens im Parlament. Sie sollen im kunterbunten Wechsel der Fraktionsreden nicht nur einen Querschnitt durch das politische Denken des Volkes geben, sondern auch die mehr oder weniger starke negative oder positive Stellung der Parteien und der durch sie vertretenen Volksteile zum Regierungsprogramm abgrenzen, und Möglichkeiten der politischen Einflussgewinnung aufzeichnen. Mehr oder weniger ist natürlich der Gang und das Ergebnis der Debatte abhängig von dem jeweiligen Interesse der einzelnen Parteien, nicht aber zuletzt auch vom Temperament und der Geschicklichkeit des einzelnen Fraktionsredners. Die Räte und Sorgen der heutigen Zeit stellen natürlich eine Regierung ganz andere Anforderungen, als wie es in wirtschaftlich glücklichen Zeiten der Fall ist. Der Gang der heutigen Aussprache zeigte, daß alle ernst zu nehmenden Parteien bei aller kritischen Haltung der Regierungserklärung gegenüber im allgemeinen eine durchaus positive Einstellung zu finden wußten. Daß man das von den Nationalsozialisten und Kommunisten auf Grund ihrer eigenartigen politischen Einstellung nicht erwarten konnte, war von vornherein klar. Die badische Regierung wird sich aber damit abzufinden wissen. Es erwies sich als ein ungemein glücklicher Zug, daß die Zentrumsfraktion ihren Hauptredner und allgemein geschätzten Redner, den Abg. Duffner, mit seiner mehr als 27jährigen parlamentarischen Erfahrung als ersten Fraktionsredner herausstellte. So begann der historische Tag des neugewählten badischen Parlaments sofort mit einem unbestrittenen Höhepunkt. Die verbindliche Ruhe und Abgeschlossenheit, wie sie selbst von dem Wirtschaftsparteiler v. Au gerühmt wurde, die politische Weitsicht, die seine Rhetorik und die auch in scharfer Polemik und Abwehrstellung nicht verletzende Form des Zentrumredners verschafften seinen Argumenten einen durchschlagenden Eindruck und Erfolg weit über die Reihen der Regierungskoalition hinaus. Aus ihm sprach nicht nur der Abgeordnete und verantwortungsbewusste Politiker, sondern der sachverständige Kenner badischer Wirtschaftsverhältnisse. In einer Zeit wie der heutigen war es notwendig, daß die Kreise zur bestehenden Staatsform und der Verfassung, die über alle Stürme zu erhalten, kräftig betont wurde. Als Wirtschaftsjahresübersicht zeigte der Abg. Duffner Hauptpunkte der Wirtschaftssituation und des Erwerbslosenendes in der mangelnden Kapitalbildung; in der Höhe der Zinsen und in der steuerlichen Ueberlastung auf. Der Standpunkt, daß die Bürgerauschüsse beibehalten werden sollen, daß aber eine Abänderung des Wahlmodus für die kleineren Gemeinden, Einführung der ungebundenen Liste, angestrebt werden müsse, fand ebenso die unermüdete Billigung der Zentrumsfraktion wie die Forderung auf Beschränkung der Landtagsmandate, die Zustimmung des ganzen Hauses fand. Das ist übrigens ein alter Gedanke der Zentrumsfraktion, der vom Prälaten Dr. Schofer schon in früheren Jahren des öfteren angeregt wurde.

Die Nationalsozialisten haben also absolut kein Urheberrecht daran. Allgemeinen Widerhall fand die Forderung auf Verwirklichung der badischen Wirtschaft durch das Reich, da Baden als die neue Westmark Deutschlands auf die Unterstützung des Reiches angewiesen sei und ebenso die Betonung des Lebensrechtes des Staates Baden. Interessant war vor allen Dingen, daß auch der sozialdemokratische Fraktionsredner Müdert das Recht der lebensfähigen Länder auf eigene Existenzmöglichkeit so stark hervorhob, daß sogar der jetzt in Opposition befindliche demokratische Abgeordnete Hofheinz glaubte, mit erhobenem Finger warnen zu müssen. Zur Regierungsbildung stellte Abg. Duffner fest, daß die große Koalition, die vom Zentrum erstrebt worden sei, an den unerfüllbaren Forderungen des Liberalismus geknüpft sei, der dem Sinn des parlamentarischen Systems und dem Wahlergebnis entsprechend, dem Zentrum einfach keine stärkere Ministerbeteiligung zugestehen wollte. Eine Konstanzer Rede des Abg. Mattes kam dabei scharf unter die Räder.

Der sozialdemokratische Fraktionsredner Müdert sekundierte dabei stark und erhob mit einem kleinen Seitenhieb auf die Rolle der liberalen Volkspartei als innenpolitischen Störenfried im Reich die Frage, wie sich denn der aus der Vergangenheit wegen seiner Unbuddsamkeit fast zum Bekannte Liberalismus verhalten hätte, wenn er dieselbe Stärke wie die Zentrumsfraktion gehabt hätte. Das Mattes dagegen sagte, war eine Mißzugs-damade, aus der aber herausklang, daß auch in den eigenen Reihen scharfe Opposition gegen diese politische Leistung bei der Regierungsbildung herrschte. Daß über der verunglückten Regierungsbildung wenigstens die liberale Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen sei, ist doch ein recht magerer Trost. Ungemöhnlich war dabei die geradezu brutale Form, wie der frühere Fraktionskollege Obkircher, der dem Zentrumstandpunkt gerecht wurde, fallen gelassen wurde. Daß der Abg. Hofheinz von der Demokratie den Sozialdemokraten einige Liebenswürdigkeiten sagte, und daß ihn der Abg. Leers mit Zwischenrufen dabei kräftig unterstüzte, ist schließlich noch zu verstehen.

Eine zweite ebenfalls verdiente Abkehr bezog der Landtagsneuling Spielmann von der Wirtschaftspartei, der in einer Wirtschaftszeitung die katholischen Frauen, die Zentrum gewählt hätten, als „Wahlschächern“ bezeichnete und ihnen Denkfähigkeit vorwarf. Der Zentrumredner hat sich mit der Zurückweisung einer derartigen unerhörten Beleidigung den Dank der ganzen katholischen Frauenschaft, die nun weiß, was sie von der Wirtschaftspartei zu halten hat, redlich verdient. Daß Frau Abg. Siebert diese Entgleisung zum Anlaß nahm, eine glänzende Apologie auf die Bedeutung der katholischen Frau für den Staat und das öffentliche Leben zu halten, war ein unbestreitbarer Gewinn für das Niveau der heutigen Debatte.

Geradezu zu einer Ovation für den abwesenden Parteichef des badischen Zentrums gestaltete sich aber die Zurückweisung der Legende in demokratischen Blättern, als ob der badische Parteichef des Zentrums wegen innerer Differenzen von der Fraktionsleitung zurückgetreten sei. Noch nie war der Beifall aus den Reihen des Zentrums so stark, als Abg. Duffner dem heißen Wunsch des Zentrumsvolks von der bayerischen Grenze bis zum Bodensee Ausdruck verlieh, daß der Abg.

Schofer möglichst bald gefunden möge, um seine alte Tätigkeit im Landtag wieder aufzunehmen.

Diese spontane Aufwallung der Verehrung der ganzen Zentrumsfraktion dürfte dieses Märchen endlich zerstört haben. Der Eindruck der Duffnerschen Rede war deshalb so groß, weil er nicht nur als Politiker, sondern als Freund des Volkes und Vaterlandes gesprochen hatte. Sein Mahnruf an Schlüsse gegen die Strömung des Radikalismus rechts und links alle positiven Kräfte zum Staate hin zusammenzufassen, fand bis an die Ränder der Nationalsozialisten und Kommunisten ungeteilte Zustimmung.

Die von Dr. Mattes erwarteten Angriffe gegen die badische Finanzpolitik trafen nicht ein. „Mit gedämpftem Trommelschlag“ war seine Parole. Ein Angriff gegen den früheren Finanzminister Dr. Köhler fand im Schlusswort durch den Finanzminister in der Hervorhebung der wirtschaftlichen Verdienste des früheren Finanzministers Köhler um das badische Volk eine von der Zentrumsfraktion mit höchstem Beifall aufgenommene, geradezu klassische Parade. Vielleicht hat auch den Herrn Mattes die Rücksicht auf seinen Parteifreund und Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer geleitet. Als Anregung aus der Finanzkommission herauszukommen, konnte er nichts anderes als auf die Kata Morgana des in der Zukunft unter Einschluß der Wala zu schaffenden großen Süddeutschen Bundesstaates hindeuten. Also auch er ist der Auffassung, daß die Gesundungsmahnahmen für die Finanzen wesentlich durch Ereignisse bedingt sind, die sich der badischen Einflussnahme entziehen. Keiner der Oppositionsredner, weder der Kommunist noch der Nationalsozialist Wagner, der sich in den üblichen nationalsozialistischen Wunderkuren und ihrer Androhung erging, konnte einen greifbaren Vorschlag zur Behebung des Defizits machen. So war es am Schluss der heutigen Debatte am späten Abend dem badischen Staatspräsident als Finanzminister nicht schwer, die ganzen Angriffe in ihrer vollkommenen Salbung aufzugeben und im Gegenangriff darauf hinzuweisen, daß wenn Deutschland und andere Anträge angenommen worden wären, das von der Opposition angeführte und viel behandelte Defizit noch weit größer geworden wäre.

In einem kräftigen Aufruf zum Optimismus und zur Bannung der Hoffnungslosigkeit bekannte sich der Finanzminister zu einer Politik der Sachlichkeit und Gerechtigkeit und stellte sein Finanzprogramm äußerster Sparsamkeit und Tilgung der schwebenden Schuld und des Defizits, unter dem Beifall des Hauses als die Forderung der Stunde auf.

Die Opposition, die nicht einen Zwischenruf mehr riskierte, gab sich geschlagen. Die Zweiparteien-Regierung, auf deren Seite die Klarheit des Willens, die Sachlichkeit der Argumente und der Wille zur Durchführung der Ziele vorhanden ist, hat einen einwandfreien parlamentarischen Sieg davongetragen, wenn auch die von Hofheinz, dessen kulturpolitische Ausführungen gegen den Katholizismus starke kulturelle Einwände in der Zukunft erwarten lassen, so erachtete Demokratie als Brücke zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Regierung durch ihre eigene Schuld nicht vertretbar ist. Man kann gespannt sein, wie sich die verschiedenen Gruppen zu dem von den Nationalsozialisten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensvotum stellen.

### Vormittags Sitzung

Karlsruhe, 16. Januar.

W. B. Kurz nach 9 Uhr beginnt vor spärlich besetzten Tribünen die große politische Aussprache über die Regierungserklärung. Rede Partei erhält nach Ankündigung des Präsidenten Dr. Baumgartner 45 Minuten Redezeit zugewiesen.

Als größte Fraktion eröffnet das Zentrum mit dem Abgeordneten Duffner die Aussprache.

Die Zentrumsfraktion sieht treu zu Reich und Republik und werde mit allen Mitteln den Schutz des Volksstaates sicherstellen. Die Regierungserklärung habe wertvolle Anregungen gegeben und mit Recht der Beamenschaft viel Anerkennung gezollt. Das Zentrum stehe ganz grundsätzlich zum Berufsbeamtentum. Die Anforderung von neuen Stellen dürfe nur nach dem Bedürfnis des Staates geschehen. Die dringend nötige Erparnis dürfe nicht allein beim Gehalt, sondern auch beim Personaletat gemacht werden. Die angesetzte Sparkommission dürfe aber ja nicht die üblichen Erfahrungen des verflorenen Beamtenabbaus außer Acht lassen. Es dürfe aber auch nicht geschehen, daß die Erparnisse aus den Reihen des ländlichen Volkes gemacht würden. Das wäre keine Erparnis, sondern nur Verschlebung und Verschleierung. Das Selbstverwehrensrecht der Gemeinden müsse hochgehalten werden, aber die Staatsdärben dürften nicht allein auf den Wunsch der Kommunen, sondern auf die Leistungsfähigkeit der gemeindlichen Steuerzahler eingestellt werden (Sehr richtig!). Die Bürgerauschüsse müssen erhalten werden, aber das Zentrum sei bei kleineren Gemeinden für Aufhebung der gebundenen Listen (Sehr richtig!). Baden besitzt ein blühendes Schulwesen, das aber richtige Opfer fordere. Man dürfe nur an die drei Hochschulen denken. Auch hier müsse gespart werden. Weniger Vielerlei, aber größere Grundlichkeit sei nötig. Die Veranschlagung eines Gelehrtenproletariats mit den großen sozialen Gefahren müsse verhindert werden. Die Ausführungen über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche fanden die Billigung des Zentrums. Die Vorlage eines Vertrags zwischen Staat und Kirche sei zu begrüßen. Die Regierung und der Landtag ständen schweren Aufgaben gegenüber. Die Not der Landwirtschaft mit ihrer 12 Milliardenverschuldung, der großen Mangel an Kapital, Steuerdruck und riesenhafte Zinsenlast seien bekannt. Dazu kommt die Abwanderung von Kapital und Industrie ins Ausland mit all den schweren sozialen Gefahren im Lande. Die Grundsteuerentlastung habe den Zweck der Kapitalbildung nicht gefördert. Kapitalbildung sei solange nicht möglich, als Realsteuern alles wegsaugen. So bleibe man abhängig vom fremden Kapitalmarkt. Praxistaxen müßten den Forderungen der badischen Wirtschaft angepasst werden, insbesondere die unerträglichen Durchfuhrtaxen. Die Sozialindustrie brauche diese Unterstützung. Die Sanierung der Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzen müßte gemeinsam erfolgen. Der Förderung des Wohnungsbau als der Schlüsselindustrie sei höchste Aufmerksamkeit zu zuzuwenden. Hier liege zum Teil auch der Schlüssel zum Arbeitslosenproblem. Die Regierung müsse einmal dem Zinsen- und Kapitalmarktproblem ihre schärfste Aufmerksamkeit zuwenden. Die Spanne zwischen Reichsbankdiskont und Zins mit 8 Prozent sei viel zu groß und für Privat- und öffentliche Wirtschaft unerträglich. Zinsenebensteuerung sei Wirtschaftsregulierung. (Sehr richtig!) Zinsendienst sei schwerer als Steuerdruck. Die Anwendung der Steuererleichterungen müßten vom Grundbesitz der Erhaltung der Steuerleistungsfähigkeit des Bürgers ausgehen. Die Reichsreform könne nicht in der

Richtung gehen, daß man die Länder und Gemeinden mit größeren Aufgaben belaste und auf der anderen Seite die Ueberweisungen immer mehr beschränke. In Baden sei man trotz Drofflung der Reichsüberweisungen durchgekommen, dank der vorsichtigen Finanzpolitik des badischen Finanzministers. (Bravo!) Es müsse erwartet werden, daß das Reich für die Mehraufwendung der Beamtenbesoldung aufkomme, das Wesentlichste zum Reich sei um so freudiger, je mehr man auf den Lebenswillen der Länder Rücksicht nehme. Das badische Land als Westmark des Reiches erhebe berechnete Forderungen an das Reich. Insbesondere müßten mehr Reichsaufträge nach Baden gehen. In Baden herrsche eine katastrophale Arbeitslosigkeit. Das sei nach der politischen und sozialen Seite das große Problem. (Sehr richtig!) Die Heilung dieser Wunde sei Sache des ganzen Volkes. Dieser Gemeinschaftsgedanke mit der allgemeinen menschlichen Verpflichtung müsse in allen Schichten verwurzelt werden. Mehr praktisches Christentum in der Sozialpolitik könnte manche Brücken schlagen. Die Polizei müsse ein absolut zuverlässiges Instrument in der Hand des Staates sein. Die Gefängnisarbeit mache sich immer mehr zur Konkurrenz des Gewerbes aus. Das müsse vermieden werden. Die Freiheitsabgabe des Badewerks sei zu begrüßen, ebenso die ausgemessene Prosperität der anderen badischen Regiebetriebe. Die Räumung des besetzten Gebietes sei zu begrüßen. Es sei zu hoffen, daß auch das Gnanauerland bald seine Freiheit lerne. Eine starke Zentralgewalt sei nötig, aber die Brüder dürften in ihrer Souveränität zu sehr beschränkt werden. (Bravo!) Die Steigerung der Wahlbeteiligung bei den badischen Landtagswahlen sei dem neuen Wahlgesetz zu verdanken. Dieses Gesetz sei ein Fortschritt und es sei nur an den Reichstag die Mahnung zur Nachfolge zu richten. Beim Listenproporz sei die Folge: Interessensmischung, Unpersönlichkeit, Parteispaltung sei die Folge. Die Zahl von 88 Abgeordneten für ein kleines Land sei zu viel, die Stimmzahl für ein Mandat könne ruhig heraufgesetzt werden. Die Ansicht des Zentrums bei der Regierungsbildung sei gewesen, eine möglichst breite Front zu bilden. Große Koalition wäre auch im Interesse der Wirtschaftspolitik gewesen. Die liberale Volkspartei hätte mit Rücksicht auf ihre Wirtschaftsführer sich anders einstellen müssen. Dr. Mattes habe in Konstanz am 2. Dezember eine Rede gehalten, wo er dem Zentrum schleichende Nachwirkung vorgeworfen habe und das „schredliche“ Wort ausgesprochen habe, daß das Zentrum sogar die Hand nach einem großen Ministerium ausstreckte. Diese in dieser Rede zutage getretene Gerabehung des Prälaten Schofer sei zurückzuweisen. Das Zentrum hätte es nicht nötig gehabt, Schleimwege zu gehen. Das Zentrumsvolk hätte mit Recht Ansprüche erhoben auf Grund des Wahlausfalls. Dr. Mattes habe dem Zentrum gegenüber das Recht auf die Wahlartikelmittel in ihrer Auswirkung auf die Regierungsbildung abgesprochen. Was hätte dann der Liberalismus an der Stelle des Zentrums getan? Diese überbliebene Einschätzung sei Tradition des Liberalismus, der früher eine wahre Gewalt herrschte ausgeübt habe. Nur der Tradition des Liberalismus wegen könne das Zentrum auf sein Recht nicht verzichten. Die Gesetze des Abg. Dr. Mattes in Konstanz sei von unerfülltem Nachhunger dicit. Die beiden Koalitionsparteien würden die positive Verantwortung tragen, aus denen Liberale und Demokraten sich geflüchtet hätten. Auf alle Fälle lehne man die Diktatur des Liberalismus ab. Zentrum und Sozialdemokratie trügen die Verantwortung allein, schuld an dieser Koalition sei die Intransigenz des geizigen Liberalismus, mit großem Pflichtbewußtsein würde diese Verantwortung getragen, die der Wahlerfolg dem Zentrum auferlegt habe. (Bravo!) Das Zentrum habe ehrlieh die große Koalition erstrebt. Zurückgewiesen werden müßten aber die Zeitungsenten der liber. und demokr. Presse, als ob Differenzen innerhalb der Zentrumsfraktion zum Rücktritt Dr. Schofers geführt hätten. Das seien nichts als Lügen. Die heißesten Wünsche des Zentrumsvolks und der Landtagsfraktion gellen der baldigen Gesundung des Parteichefs und seiner Rückkehr ins Parlament. (Bravo!) Je scharfer die Angriffe der Gegner, desto größer die Verehrung für die verehrte Person des Zentrumsführers. (Beifolles Bravo!) Auch die Wirtschaftspartei habe beim Zentrum ihre Visitenkarte abgegeben. Redner beschäufte sich sodann mit dem Abg. Spielmann von der Wirtschaftspartei, der den Zentrumswählerinnen politische Denkfähigkeit vorgeworfen und der dem Zentrum das Bürgergefühl abgesprochen habe. Das Zentrum bedauere es, daß der Abg. Spielmann seine Lehren zur Regierungsbildung dem Parteichef des Zentrums so spät erteilt habe. Der Wirtschaftspartei dürfte es auch bekannt sein, daß eine Brücke mit zwei starken Pfeilern mehr tragen könne, als eine Brücke mit einem Pfeiler und sechs Bohlenstützen. (Sehr richtig!) Die Beleidigung der Zentrumsfrauen als „Wahlschächern“ und „denkfähig“, besonders aus dem Munde eines katholischen Abgeordneten von der Wirtschaftspartei, sei tief bedauerlich und unerhörte. Man hätte vom Abg. Spielmann mehr Takt und Milderlichkeit verlangen dürfen. Was sich im Lager Eugenbergs abspiele, sei auch ein starkes Warnungszeichen für den Liberalismus. Daß der evangelische Volksdienst ohne Presse im ersten Anlauf gleich drei Mandate und mehr Stimmen als die deutschnationale Anterpartei erreicht habe, zeige eine politische Entwicklung des Volkes zur Weltanschauung hin, zum Christentum und zur Religion auch in der Politik, was vom Zentrumstandpunkt aus nur zu begrüßen sei. Das Zentrum habe den Weg positiver Staatspolitik immer gegangen. Eine Bemerkung zu den Nationalsozialisten veranlaßte die Abg. Kraft zu Zwischenrufen, die Abg. Duffner mit der Frage beantwortete: „Wo haben Sie ihr Geld her?“ (Unruhe. Lachen des Prälaten.) Abg. Duffner: Eigentlich sollte man sich mit ihnen gar nicht befassen. Die Gefahren des Radikalismus legen die Frage nahe, ob man der Radikalisierung noch Vorspann leisten soll. Es gelte eine gemeinsame Front. Das Zentrum werde mit oder ohne Opposition den Weg der Pflicht gehen, um im Interesse von Volk und Land zu arbeiten. (Beifolles Bravo!) (Beifall im Zentrum.)

Für die Sozialdemokratie sprach der Abg. Müdert (Soz.): Er befaßt sich mit dem bewährten neuen Wahlrecht und konstatierte im Erfolg eine bessere Wahlbeteiligung. Die Gegner des Wahlrechts seien teilweise befehrt. Auch Württemberg wolle auf demokratische Anregungen zur Persönlichkeitswahl zurückgehen. Genugtuung über die vernichtende Niederlage der Volksrechtspartei sei am Platze. Bei den Deutschnationalen seien die Männer eingeschmolzen wie der Schnee. Eine Änderung der Wahlverteilung sei durch die Wahl kaum eingetreten. Seine Fraktion hätte gerne die Weimarer Koalition gesehen. Die liberale Volkspartei hätte einen Anteil an der sozialdemokratischen Willensbildung. Sie sei auch im Reich und anderen Ländern ein unzuverlässiges Element. Die Weimarer Koalition sei nicht zustande gekommen, weil man auch der Sozialdemokratie das Unterrichtsministerium nicht geben wollte. Das Zentrum hatte nach seinem Erfolg einen parlamentarischen Anspruch auf seine Forderungen. Die Deutsche Volkspartei hätte dem Zentrum das Unterrichtsministerium gegeben, wenn sie das Justizministerium erhalten hätte. Der Vorwurf, daß Minister Leers seine sogenannte Unterstützung gefunden habe, müsse von Leers an die Demokratie gerichtet werden. Die demokratische Presse hätte nicht zur Entwertung der Lage beigetragen. Die liberale Gemeinschaft habe das Angebot des Justizministeriums und eines Staatsrates abgelehnt. Das sei heillose Verblendung gewesen. Zu begrüßen sei die gradlinige Fortführung der badischen Politik seit elf Jahren. Die Sozialdemokratie verteidigt die Staatsform, weil sie hofft, damit ihre Ziele friedlich verfolgen zu können. Die Nichtvorlage des geplanten Staatsvoranschlags müsse eine Ausnahme bleiben. Die Lage sei ernst. Die Verurteilung der Spar-

# Rundfunkprognose

Von Dr. Hans Fleisch, Intendant der Berliner Funkstunde

Dies soll ein Gruß sein an alle, denen der Rundfunk etwas bedeutet, die in ihm mehr sehen, als ein Amüsiement. Programmredner braucht der Rundfunk wenig, weil kaum eine andere Einrichtung so viel Gelegenheit hat, wie er, eindeutig und vor jedermanns Ohr zu zeigen, was gemeint und gewollt ist. Jübiel wird am Rundfunk und seinem Programm herumgedreht. Zu wenig werden seine Darbietungen als solche aufgenommen und verstanden. Wir hören ein Mozart-Quartett, das uns bezaubert oder erheben kann und suchen dahinter nicht etwa das Bekenntnis des großen Komponisten, sondern nach dem Zweck, den der Veranstalter verfolgt. Wenn uns schließlich ein Problem vorgeführt wird, das unsere Zeit bewegt, dann muß sicher die Parteizugehörigkeit führender Persönlichkeiten des Senders Grund und Ursache sein. Wir glauben nicht mehr gerne, daß etwas um der Sache willen geschieht. Im Zeitalter der neuen Sachlichkeit hat die Sache an Wert verloren. Man möge mich nicht falsch verstehen. Natürlich reißt der Programmleiter nicht sinnlos mehr oder weniger gute Darbietungen aneinander. Ein fester Plan steht hinter dem Programm. Am Ende eines jeden Programmjahres muß klar zu erkennen sein, was gewollt und beabsichtigt war. Und es ist gar nicht so schwer, diesen Programmzweck zu definieren. Was soll der Rundfunk bringen? Gutes — das ist eine einfache Antwort, mit der nichts gesagt ist. Die größten geistigen und künstlerischen Produkte sinnlos aneinandergereiht, ergeben niemals ein Rundfunkprogramm. Der Rundfunk ist ein neuartiges Vermittlungsinstrument und darf sich im Programm nicht an Bestehendes, an das Buch, an die Zeitung, an den Konzertsaal, an das Theater anlehnen. Noch können wir nicht sagen, daß wir den Rundfunktypus in seiner Eigenart erkannt hätten. Aber wir bemühen uns wenigstens, seine Grundgesetze kennen zu lernen. Ich sehe sie in zwei Dingen:

In der Lokalisation seines Wirkungsfeldes und in der Gleichzeitigkeit von Begebenheiten hinter dem Mikrophon und ihrer Aufnahme durch den Hörer. — Lokalisation seines Wirkungsfeldes: die Darbietungen des Rundfunks werden in die vier Wände des Hörers getragen. Durch ihn dringt die Welt in das eigenste Ohr eines jeden. Umgebung beeinflusst den Menschen. Hieran muß bei der Aufstellung der Programme gedacht werden. Es zwingt zur Suche nach einer formalen Tragung des Darzubietenden die die Disposition des Hörers berücksichtigt.

Haben wir es hier mit der Form zu tun, so weist die andere Seite uns den Inhalt: ein Instrument, das in der Lage ist, einen Vorgang während seines Ablaufs in absoluter Gleichzeitigkeit Sinderhaltenden zu vermitteln, das die Massen zum Ereignis hinführt, während es geschieht: ein solches Instrument ist zeitgebunden und sein Programm entspricht der Zeit.

Was braucht der Mensch dieser Zeit an geistiger Nahrung? Mit ein paar Schlagworten, wie Unterhaltung, Bildung, Kunst, kommen wir nicht weiter. Sicher braucht er Unterhaltung. Aber diese Unterhaltung, gedacht für den müden von der Arbeit zurückkehrenden, kann nicht einfach Nachahmung äußerlicher Biergartenvergnügens sein. Kann nicht durch Cabarett-Darbietungen geboten werden, die, einfach auf den Rundfunk übertragen, dem Hörer zu Hause vorgelegt

werden. Das Fehlen des Persönlichen, die direkte Einwirkung des Künstlers auf den Hörer zieht stillistische Grenzen, die überschritten, zu jenen grauenhaften Geschmackslosigkeiten führen, die zu vermeiden uns nicht immer leicht sind. Erholung ist noch nicht erreicht, wenn man auf Geißt verzichtet. Deshalb sollten vor dem Mikrophon die feinsten Couplettdichter und einfallsreichsten Komponisten echter Schlagermusik erscheinen und versuchen, ihren Witz den Besonderheiten des Rundfunks anzupassen.

Bildung? Ja! Ich glaube, der Rundfunk kann Bildung vermitteln, wenn er sich seiner Grenzen bewußt bleibt und sich vor Ueberheblichkeiten hütet. Der Rundfunk kann nie ein Ersatz für Volkshochschulen darstellen. Den persönlichen Kontakt zwischen Lehrer und Schüler kann die Technik nicht geben. Er muß sich damit begnügen, wichtige Fragen im Kern anzuschneiden und den Hörer anzuspornen, sich selber mit diesen Dingen zu beschäftigen. Zwei Gefahren bedrohen den Bildungsgrundfunk: die Verflachung der „Fragmientar-Bildung“, die einem das Materie von Kreuzworträtseln viel leicht erleichtert, und jene gönnerhafte Verabreichung toter Bildungstoffe ohne Beziehung zum Leben.

Seien auch ein paar Worte über die aktuelle Abteilung des Rundfunks eingeschaltet. Es liegt im Wesen des Rundfunks, daß er die Dinge, die er planmäßig vermittelt, trennt von denen, die zeitbedingt, in einem Programmplan nicht aufgenommen werden können. Dabei kann es nicht der Ehrgeiz des Rundfunks sein, mit der Aktualitätsbiologie der Schlagzeile zu konkurrieren. Der aktuelle Rundfunk sucht die Dinge der Zeit, die ihm als Ausdrucksform des Ewigen erscheinen. In den politischen und weltanschaulichen Kämpfen ringen einige Fragen miteinander. Ihre zeitliche Erscheinungsform soll der Rundfunk dem Einzelnen näherbringen. Der aktuelle Rundfunk soll fern dem Sensationellen sich auf alles konzentrieren, was unser Leben wirklich bewegt. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß politische Fragen mehr und mehr ins Programm bringen. Ein Verfolgen des politischen Lebens bringt keine Politisierung des Senders im Sinne der Parteipolitik. Der Sender, der die verschiedenen Richtungen zu Wort kommen läßt, muß sorgen, daß sein Programm als Ganzes neutral bleibt.

Ein paar Worte noch über den Vortragsteil der Sender: In der ersten Zeit des Rundfunks, als er noch eine spielerische technische Angelegenheit war, war es schwer, Rundfunkredner zu bekommen. Heute ist es umgekehrt, und man wirft dem Rundfunk vor, er lasse nur einige wenige Bedorwungen und ihm Bequeme vor das Mikrophon. Das stimmt nicht. Uns fehlen Persönlichkeiten, und wir suchen verpörfelt nach solchen, die bereit sind, sich intensiv mit den Besonderheiten des Rundfunks zu beschäftigen.

Lassen Sie mich also die größte Aufgabe des Senders die Stärkung und Hebung der Publikumseinstellung bezeichnen. Der Sender kommt dieser Aufgabe näher, wenn er allem ernsthaften Schaffen, jedem ethischen Gedanken, jedem aufrichtigen Willen sein Mikrophon leiht. Der Rundfunk, der zwei Erdteile in kaum noch zählbaren Bruchteilen von Sekunden äußerlich miteinander verbinden kann, soll auch eine innere Verbindung schaffen zwischen Menschen, die Tür an Tür wohnen.

kommission sei als guter Wille und Verantwortungsbewußtsein begrüßenswert. Dem Reiche falle die Verantwortung für die Finanzlage weitestens zu. Solange Länder bestehen und sogar neue Aufgaben zugewiesen bekommen, haben sie Recht auf Lebensraum. Badens Grenzlage sei einzigartig. Im Zeitalter der Konzerne sei es empfindlich, daß alle Zentren in den Norden verlegt werden. Bezüglich der geforderten Forderung der Wohnungs-wirtschaft könne er dem Vorredner nicht folgen. Die Regierung könne auf die sog. Unterstützung in der Entschädigungsfrage für die Bahnen rechnen. Bei Steuerentlastung müsse Gefährdung sozialer und kultureller Aufgaben vermieden werden. Zwangslängige Ausgaben könne man nicht beseitigen. Die Sozialdemokratie habe sich immer für die Stände eingesetzt, speziell für die werklätige Bevölkerung. Am Staatshaushalt verantwortlich mitzuarbeiten, sei der Wille seiner Fraktion.

Abg. Dr. Schmittgenner (Dnatl.) wendet sich scharf gegen die Regierungserklärung. Sie sei matt und mager. Man sehe, daß zwei wesensfremde Parteien zusammenarbeiten. (Abg. Seubert: Durch die Dummheit anderer Parteien.) Das Kreuzgefenntnis sei als selbstverständlich überflüssig. Vom Fürsorgewesen habe man wenig erfahren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse seien in der Erklärung optimistisch verklärt. Der aufgezeigte Weg führe zur Instabilität nicht zur Stabilität. Warum sage man nicht Neßbetrag, statt Unzulänglichkeit, oder Abshwung statt Abstieg. Vom Reich mit seiner miserablen Lage sei keine Hilfe zu erwarten. Die Verschuldung, namentlich abschwebende Schulden seien heillos. Die Vorlage eines neuen Defizit Haushaltsplanes sei gewagt. Hilfe müsse im Lande gesucht werden. Man müsse rüchichtslos droffeln. An Schulen könne man sparen, eine badiße Staatsreform sei sofort möglich. (Mruhe.) Beim Theater sei ebenfalls zu sparen. Verwaltungskosten und Gemeindefeamentarische sollten herabgesetzt werden. Gegen die Außenpolitik und finanzielle Verflachung des Volkes sei Front zu machen. Die übertriebene Form des parlamentarischen Systems in Baden sei einzuschränken. Beschränke er sich nicht selbst, dann werde er beschränkt werden müssen. Die Regierungserklärung lehne man ab.

Abg. Dr. Mattes (Lib.) ist mit der Methode der Vorlage der Regierungserklärung einverstanden, sie sei größtenteils sachlich. Der Artikel des früheren Abgeordneten Obkircher, der die Ansprüche des Zentrums rechtfertige, sei iastisch und sachlich falsch. Obkircher sei auf dem falschen Wege. Die liberale Volkspartei sei auf Grund der alten Machtverteilung zur Regierungübernahme bereit gewesen. Das Zentrum habe aber größere Ansprüche gestellt. Das sei eine Verkennung der Wichtigkeit des Finanzministeriums, das mindestens so wichtig sei, wie jedes andere Ministerium. Die Macht des Zentrums in Baden, in Reichs- und Landesstellen sei ständig gewachsen. Widerspruch im Zentrum.) Es sei nie zwischen Zentrum und Volkspartei wegen Ueberlastung des Kultusministeriums an einen Zentrumsmann gesprochen worden. (Lebhafter Widerstreit im Zentrum. Unruhe!) Die Bildung der liberalen Arbeitsgemeinschaft sei das Fundament der zukünftigen liberalen Politik. (Abg. Maier-Heibelberg: Diese Erkenntnis kam spät!) Die Regierungserklärung sei von Pflichtgefühl und Verantwortung getragen, es seien manche alten Wünsche der Volkspartei darin zu finden, insbesondere sei die Sparkommission zu begrüßen. Die Beamten der Sparkommission müßten von der Regierung unabhängig sein. Redner bezweifelt einige Zifferangaben und macht der Regierung den Vorwurf, daß sie nur Probleme anschnide, sie aber nicht zu lösen versuche. So lange man nicht die Höhe der Besetzungskosten zwecks Konfuzenzfähigkeit finde, könne die Wirtschaft nicht vorwärts kommen. Die Staatsbede des Finanzministers enthalte finanzwirtschaftlich fast nichts; es komme auch das Wort Steuerentlastung nicht vor. Die Nichterhaltung des Staats habe zum Verschwinden des Betriebsfonds geführt. Die Schwierigkeiten der Finanzwirtschaft seien auf die Besoldungspolitik Dr. Köhlers zurückzuführen. Das Reich werde nicht helfen, Baden müsse sich selbst helfen. Die Staatsbede unter Einfluß der Pfalz bringe die zukünftige Rettung.

Abg. Wagner (Kafaz.) meint, daß die Regierungserklärung außerordentlich wenig an Praktischem gebracht habe. Die Regierung treibe Verschleierungstaktik und das sei die alte Gläub- und Ohnmachtspolitik. Man könne Erleichterungen bringen, wenn man wolle. Die Nationalsozialisten hätten nie Wählerversprechungen gemacht. (Schallende Heiterkeit.) Der wertzerstörende Parlamentarismus gehöre abgeschafft. Am Landtag könne selbst gepart werden. Die Verbandsbildungspolitik müsse beseitigt werden. Widerstandslosigkeit sei Karole, obwohl Machtmittel nicht vorhanden seien. Die Regierung verleihe scharfste Mißtrauen.

Abg. von Au (Wirtschaftspartei) meint, es wäre besser gewesen, die allgemein politischen Dinge und Finanzfragen getrennt zu behandeln. Auch die Wirtschaftspartei stehe zum Staat, da nicht die Form entscheidend sei. Die Wirtschaft, zu der auch die Arbeiter gehörten, sei totkräft. Einfache, klare, durchsichtige Steuererlasse müßten geschaffen werden. Die Verwaltungsreform dürfe nicht hinausgeschoben werden. Baden habe einen Anspruch auf Eigenstaatlichkeit. Den Gemeinden müsse größerer Spielraum gegeben werden, daher die Forderung nach dem Zuschlagsrecht. Die Regierungserklärung sei blaß, aber es sei schwer in der heutigen Zeit neue Wege zu gehen. Die Wirtschaftspartei habe sich zur Regierungsbildung angeboten. Redner versucht seine verschiedenenartigen Parteiwechsel unter ständigen Zwischenrufen zu erklären und bietet seine Bereitschaft zur Regierungsbildung wiederholt an. (Heiterkeit.) Die Wirtschaftspartei sei Gegner konfessioneller Parteien. Das Wahlgeseß verleihe gegen die Verfassung. Gegen Herabminderung der Abgeordnetenzahl sei nichts einzuwenden. Die Freiheit der Wirtschaft hätte mehr zur Geltung kommen müssen. Die Wirtschaftspartei sei für Warenhaussteuer.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. — Fortsetzung Donnerstag mittag 1/4 Uhr.

## Nachmittags-sitzung

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Kurz nach 1/4 Uhr wird die Aussprache über die Regierungserklärung

fortgesetzt. Zunächst werden 2 Anträge der Nationalsozialisten, die der Gesamtregierung und dem Minister Kemmele das Mißtrauen ausgesprochen wissen wollen, bekannt gegeben. Es ist die Reihe an den Demokraten.

Es spricht Abg. Gofheinz (Dem.), der zunächst auf Wahlkampf und Regierungsbildung eingeht und meint, der Wahlkampf stelle der Regierung keine allzu starke Stabilität in Aussicht. Minister Keers sei nicht von den Demokraten fallen gelassen worden. Die Erneuerung der Weimarer Koalition sei von der Verbeibaltung der alten Machtverteilung in der Koalition abhängig gewesen. Die Regierung sei zustandgekommen an der Machtpolitik des Zentrums und dem Verrat an der eigenen Karole durch die Sozialdemokratie. Die Nationalsozialisten seien das Sammelbeden aller Unzufriedenen; es müsse bestritten werden, daß man von einer Krise der Demokratie reden könne. In Baden bestche die freie Kirche im freien Staate. Der Staat müsse aber seine Eigengesetzlichkeit wahrnehmen. Es sei die Frage zu erheben, ob in Baden überhaupt ein Konfordat nötig sei. Das Christentum dürfe sich nicht organisieren in der Politik betätigen, sondern nur in der christlichen Persönlichkeit. Der evangelische Volksdienst habe keine Christenberechnung. Solange keine ganz hochstehende Volksschule geschaffen sei, sei die Abwanderung zur höheren Schule nicht aufzuhalten. Redner wünscht dem Land Baden auch unter der zweiten Parteiregierung gutes Gedeihen. (Heiterkeit.)

Abg. Bock (Komm.) meint, die Regierung habe sehr wohl ein Programm, das der brutalen Rauf gegen die werklätige Bevölkerung. In Deutschland regierten die Kräfte, die Schwereindustrie, Schacht. Steuerentlastung zur Kapitalbildung gehe gegen die Verhältnisse. Die deutschen Zahlungen ans Ausland dienten nur der Mobilisation der Ausbeutungswirtschaft und des imperialistischen Krieges. Die Agrarzölle seien ein Schritt ins Fleisch der

Landwirtschaft. Dem Regierungsprogramm wird scharfster Kampf angekündigt.

Der Abg. Teutsch (Evang. Volksdienst) habe gelernt, auch politische Gegner ruhig anzuhören und von ihnen zu lernen. Wie man es nicht machen oder nachahmen soll. Sparjamkeit im Volk und bei den hohen Beamtengehältern tue not. Auch die hohen Direktorengehälter müßten abgebaut werden. Religiös-sittliche Erneuerung sei ebenfalls Voraussetzung des Aufstiegs. Monarchie oder Republik interessiere sie wenig. Eine „saubere Republik“ wie die Schweiz ist das politische Ideal des Evang. Volksdienstes. Alles dränge auf weltanschauliche Eichtung. Christus oder Antichristus sei die Frage.

Staatspräsident Dr. Schmitt wendet sich gegen den Abg. Dr. Schmittgenner und erklärt, ein Finanzminister müsse Optimismus haben. Die heinlichen Wortlauberien des Abg. Schmittgenner begreife er nicht.

Für die Hochschule tue man, was man könne; es habe aber keinen Wert, Hoffnungen zu erwecken, die unerfüllbar seien. Ueberhöhung der eigenen Kraft sei ein Fehler. Die Nationalsozialisten hätten bei aller Kritik viele positiven Vorschläge gebracht.

Einnahmen und Ausgaben der Länder seien abhängig vom Reich. Die Sparkommission bestche aus vier unabhängigen Beamten (Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, 2 älteste Ministerialräte des Rechnungshofes und der Präsidenten der Staats-schuldenverwaltung, dazu 4 Delegierte der Ministerien). Entscheidend sei der Vorsitzende. Die Berichte gehen unmittelbar und unbeeinflusst an das Staatsministerium.

Die „Heftstellungen“ des Abg. Dr. Mattes, daß nur die Hälfte von 5 Millionen an die Landwirtschaft gegangen sei, erwiesen sich als unrichtig. Es sei sehr wohl auch von Steuerentlastungen in der Erklärung gesprochen worden. Sein Finanzprogramm sei: Keine Schulden mehr, Beseitigung der schwebenden Schulden, Sparjamkeit. Die Ueberforderungen des Haushaltsplanes seien zwangsläufig gewesen. Man sei von der Sollrechnung zu der richtigen „Ist“-Rechnung übergegangen. Das badiße Staatsministerium habe nicht für „leg Brünung“ gestimmt. Die Kritik an Dr. Köhler sei unangemessen und unberschligt. Er habe für Baden sozial geleistet, daß das Land alle Veranlassung habe, ihm dankbar zu sein. Das Land sei nicht steuerlos, deshalb könne man gegen den Finanzminister keine Vorwürfe erheben. Auf Sachlichkeit, Gründlichkeit und Gerechtigkeit sei seine Finanzpolitik gebaut. In aller Offenheit habe er seine Darlegungen gemacht und bittet um das Vertrauen des Hauses.

Der Minister des Unterrichts und der Justiz Dr. h. c. Kemmele erklärt, daß die nationalsozialistische Behauptung, als ob er die Befreiung und Unterstützung des Ganauer Landes von parteipolitischen Einstellungen abhängig gemacht habe, sei unrichtig. Der Kampf der Nichtsozialisten kenni keine Anstands-grenzen mehr. (Der Abg. Roth leugnet gemeine Keuperungen gegen Dr. Kemmele.) Die Drohungen der Nationalsozialisten schreden ihn nicht. Die Entwidlung des Wirtschaftslebens hänge nicht von der Regierungsunst ab. Arbeitslosigkeit sei ein internationales Problem. Wäre die Lösung so einfach, hätte man auf die nationalsozialistischen Welterlöser nicht zu warten brauchen. Das Mißtrauensvotum rege ihn nicht auf.

In der zweiten Rednerreihe präzipiert Frau Abg. Siebert (Ztr.) die Stellung der Frauen zum Staat. Staat und Volk gehören zusammen. Politik und Religion könnten nicht getrennt werden. Das gelte von der Friedensfrage. Im Kulturkampf habe gerade das arme Volk zum Zentrum gehalten. Auf dem Christentum baue sich alles politische Tun in ihren Reihen.

Abg. Reinhold (Eog.) Etichhaltiges Material könnte gegen die Regierungserklärung nicht aufgebracht werden. Er setzt sich mit der Opposition, der „sachlichen und unsachlichen“, aneinander,

wobei er mit den Nationalsozialisten abrechnet. Die Volksschule solle für alle Lebenslagen ausreichendes Wissen vermitteln. Dann werde das akademische Proletariat sich mindern. Man sehe zum Staat, weil man von da aus zu der Gesellschaftsreform komme, die die Arbeiterschaft erstze.

Abg. Bauer (D. Volksp.) gibt eine subjektive Darstellung der Vorgänge bei der Regierungsbildung. Eine genaue zahlenmäßige Vertretung im Kabinett sei unmöglich. (Zurufe.) Die Vermaltung mehrerer Ministerien durch eine Persönlichkeit sei auf die Dauer nicht möglich.

Die Sitzung schließt um 7 Uhr. Nächste Sitzung, welche Abstimmung über die Vertrauens- und Mißtrauensanträge bringen wird, findet morgen vormittag 9 Uhr statt.

## „Sonny boy“

Die Zeitungen melden, daß von dem Tonfilmlied „Sonny boy“ bis jetzt zwei Millionen Schallplatten verkauft worden sind.

Wer kann sich rühmen, so oft und von so vielen Menschen gehört worden zu sein, wie anders als Al. Johnson? Weber Goethe noch Max Schmeling, weder Thomas Mann noch Julius Cäsar. Triumph der Technik — ja, nein — wie unvollkommen ist die Schallplatte heute noch, wie fühllos ihre Herstellung. Triumph der Technik liegt erst vor, wenn sich im stillen Kämmerlein eine Waite befinden, besprechen und mit allen möglichen Klangerfüllen erfüllen kann, um sie meinem japanischen Freunde in Soga Aken zu senden — damit er sie an hohen Feiertagen auf seinen Apparat lege und sich feimallisches vorspielen lasse. Dann kann er sich selbst an dem Gebell meines langhaarigen Dackels ergötzen, den er so liebt, trotzdem er ihm einmal aus seinem Halschal einen Smotingschlips gemacht hatte.

Horneri erst die private Schallplattenherstellung, dann schimpft die Mutter nicht mehr die Kinder aus, der Reifende leiert nicht mehr den Verkaufsgesang herunter, und wenn Onkel Emil um die fünfte Nachstunde heimwärtsstreht, dann schallt ihm die Gardinenpredigt schon vom Balkon entgegen. Alles, alles besorgt die Schallplatte!

Wir machten die Probe auf das Exempel und verjachten Wubi bei der Melodie „Sonny boy“ einwärts zu lassen. Da meinte er: „Mami, nimm bitte die laute Kadel und lieber höre ich: „Wenn du einmal dein Herz verkehst.“

Karl Theodor Haanen.

## Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Parisruhe, 16. Januar. Kühlere maritime Luft hat uns gestern abend erreicht und seither anhaltenden und besonders in der Höhe ergiebigen Regen verursacht. In den höchsten Gebirgslogen ist der Niederschlag nachts bei Temperaturen um Null in Schnee übergegangen. Mit dem Vordringen der kühleren Luft hat in Mitteleuropa ständiges Steigen des Luftdruckes eingesezt und zum Aufbau eines Zwischenhochs geführt, nach dessen Ostwärtsverlagerung uns die Vorderseite eines neuen atlantischen Tiefes nachlassen der Niederschläge und Aufhellung bringen wird. Abgesehen von leichtem Strahlungsstrost in der Nacht wird daher die milde Witterung auch morgen noch anhalten.

Voraussetzliche Witterung für Freitag: In Aufklarungsgebieten leichter Nachstrost, tagsüber weiterhin mild bei leichten südlichen Winden, zeitweise heiter und trocken.

# Badische Chronik

## Zagung der badischen Bankbeamten

Der Deutsche Bankbeamten-Verein hielt am Sonntag, den 12. Januar in Karlsruhe eine badische Bezirksstagung ab, zu der in überaus zahlreicher Weise Vertreter von allen Bankplätzen Badens erschienen waren. Die Tagung wurde von dem Gauvorsitzer des Deutschen Bankbeamten-Vereins W. Jend-Stuttgart geleitet, der in einem einleitenden Referat über die sich in Baden zeigenden sozialen Auswirkungen der Großbankfusion berichtete. Als Vertreter der badischen Regierung nahm Oberregierungsrat E. Mele teil. In 6-stündiger, interessanter und erschöpfender Aussprache wurden die aus dem Aufgehen der A. C. B. und S. D. G. in der DD-Bank erwachsenden sozialen Folgen, wie Personalabbau, Ueberzeitarbeit usw. behandelt. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die ungefähr folgendes enthält: Da die Arbeit in allen Filialen der DD-Bank einen unerwartet großen Umfang angenommen hat, die unter Anwendung recht zahlreicher Ueberstunden bisher erledigt werden konnte, so erwartet die Versammlung, daß keine weitere Fortsetzung des Personalabbaus erfolgt, und daß die an allen Plätzen noch schwebenden Kündigungen zurückgenommen werden. Dauernde Ueberstunden und weitere Fortsetzung des Personalabbaus sind unvereinbar. Mit besonderem Dank stellt die Versammlung fest, daß sich das Badische Innenministerium in dauernd lebhaftem mit den Auswirkungen der Bankverschmelzung beschäftigt und in weitgehendem Maße die durch den Deutschen Bankbeamten-Verein dem Ministerium vorgebrachten Wünsche berücksichtigt und zu erfüllen versucht hat. Die Bankangestellten hoffen, daß auch künftighin das Ministerium der sozialen Lage der badischen Bankangestellten mit stets gleichem Interesse und Wohlwollen begegnet und alle seine Unterstützung gibt.

Der Leitung und dem Gauvorsitzenden des DVB, spricht die Versammlung für die geleistete umfangreiche und aufblühende Arbeit herzlichsten Dank aus.

**Bruchsal, 16. Jan.** (Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtbezirk Bruchsal.) Die Zahl der Arbeitsuchenden hat im Arbeitsamtbezirk Bruchsal im Monat Dezember gegenüber dem Vormonat um 1002 zugenommen und betrug am 31. Dezember 1929 8972. Die Zahl der offenen Stellen ist im Dezember von 76 auf 10 gesunken. Die Vermittlungstätigkeit umfaßte insgesamt 799 Arbeitsstellen. Im Vergleich zum Vorjahre bedeutet diese Vermittlungstätigkeit eine Zunahme von 687 Vermittlungen. Die Zahl der arbeitslosen Unterhaltungsempfänger ist von 1580 auf 2102 gestiegen und die der Kriegsunterstützungsempfänger von 268 auf 279. Am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden 2908 arbeitslosenunterstützungsempfänger und 268 Kriegsunterstützungsempfänger gezählt. In diesen Zahlen sind die von dem Bezirksfürsorgeverband und den städtischen Fürsorgeämtern betreuten Unterhaltungsempfänger nicht enthalten.

**Bruchsal, 16. Jan.** (Dem kath. Männerverein) war es gelungen, den als Kunstkritiker bestens bekannten Bruchsaler Stadtschulrat, Herrn Höfer, zu gewinnen. Er sprach vergangenen Sonntag im „Eisablenhaus“ über das Thema: „Wie betrachte und genieße ich ein Bild“. Der Herr Redner verband es durch seine gediegenen Ausführungen, die Zuhörer zu fesseln. An Hand von sehr guten und wirkungsvollen Bildnissen zeigte er die verschiedenen Arten künstlerischen Schaffens von den frühesten Jahrhunderten bis zur Gegenwart. Ganz wunderbar waren die Erläuterungen zu Michelangelo's „Abendmahl“ und zu Rodin's „Lateninsel“. Geradezu erkaunt war man über das Einfühlungsvermögen des Redners. Durch reichen Beifall dankten die Zuhörer für die weihnachtliche Stunde.

**Brühl (bei Schwetzingen), 16. Jan.** (Ueberfall.) Der Sohn des früheren Bürgermeisters Pfister wurde von einem hier anwesigen beherrschten Manne überfallen und durch Knüttelschläge auf den Kopf so erheblich verletzt, daß er ins Schwetzingen Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der Täter wurde von der Gendarmerie festgenommen und in das Mannheimer Gefängnis eingeliefert.

**Mannheim, 16. Jan.** (Selbstmord auf den Schienen.) In der Nacht auf Mittwoch hat sich ein 60 Jahre alter verheirateter Maurer aus der Schwetzingenstraße bei der Niedbahnbrücke von einem Zuge überfahren lassen. Dabei wurde ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt. Die Leiche wurde erst morgens bei Begehung der Strecke gefunden. Geistige Störungen dürften die Ursache der Tat sein.

## Karrentreffen in Rottweil

**Rottweil, 16. Jan.** Am Sonntag, den 2. Februar, wird hier das Verbandstreffen der süddeutschen historischen Karrenzünfte abgehalten. Ueber 20 Verbände aus allen Teilen von Württemberg, Baden und Hohenzollern haben bereits zugesagt, mit ihren geschichtlichen Kleidern und Masken, zum Teil auch mit eigenen Musikkapellen zu erscheinen und ihre einheimischen Karrensprünge und Karrenbrände vorzuführen. Die Reichsbahn hat Sonderzüge vorgelesen.

**Mannheim, 16. Jan.** (Tod eines Häftlings.) Am Dienstag nachmittag hat sich ein 20 Jahre alter Häftling aus Nordhausen, der sich seit 19. 11. 1929 wegen Gendarmenraubs in Untersuchungshaft befindet, in der Zelle des Bezirksgefängnisses mit einem Außenstehenden verständigen wollen. In diesem Zweck stellte er sich auf den Tisch, wobei er jedoch so unglücklich herabstürzte, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Er wurde ins Krankenhaus verbracht, wo er heute früh starb.

**Osterburken (A. Adelsheim), 16. Jan.** (Autounfall.) Am Sonntag in der Mittagsstunde verunglückte der Kaufmann Pfanz aus Mannheim mit seinem Auto im Weidachswald (Straße Eßfeldenz-Adelsheim) dadurch, daß wahrscheinlich infolge der Glätte das Auto ins Rutschen kam und sich überschlug, wobei der Führer unter dem Wagen begraben wurde. Das Geschäftsauto der Firma Gramling-Osterburken fand den Verunglückten in diesem Zustand blutüberströmt und um Hilfe rufend vor. Diese mit ihrem Führer befreite den Unglücklichen aus seiner trostlosen Lage und verbrachten ihn ins Krankenhaus in Osterburken, wo er seine dort weilende Frau abholen wollte.

**Sell a. S., 16. Jan.** (Motorradunfall.) In der Dienstagnacht fuhr auf der Landstraße Wiberach-Jell der Sohn des Maurermeisters Lehmann aus Wiberach mit seinem Motorrad auf den Lieferwagen des Schmieds Schneider aus Unterarmersbach auf. Der Anprall war so heftig, daß der Motorradfahrer schwer verletzt und das Rad völlig zertrümmert wurde. Lehmann wurde durch die Frau Sanitätskolonne ins Krankenhaus gebracht.

**Donauwörth, 16. Jan.** (Ausbau der Donautalstraße.) Es besteht die Absicht, die Donautalstraße, die zurzeit als Gemeindegrenze in Kreisfürsorge steht, auf badisches Gebiet als Landstraße auszubauen und zu übernehmen. Entsprechend diesen Absichten hat der hohenzollerische Kreisrat an den hohenzollerischen Kommunalrat den Antrag gestellt, den auf preussischem Gebiet gelegenen Teil der Donautalstraße ebenfalls als Landstraße zu übernehmen.

## Unfere Ausverkaufspreise waren billig

Die Läger sind geräumt.  
Auf alle noch übriggebliebenen,  
schon zurückgesetzten Waren  
der Abteilungen: Wollwaren, Wäsche  
Handarbeiten, Gardinen, Modewaren  
geben wir an den beiden letzten  
Ausverkaufstagen, heute u. morgen

### 10% Extra-Rabatt.

Außerdem, wie bisher  
**10%**  
auf reguläre Waren.

# BURCHARD

## Ueberfall auf einen Richter

**Worms, 16. Jan.** Amtsgerichtsrat Dr. Trautwein wurde heute vormittag kurz nach halb 11 Uhr auf einem Spaziergang überfallen. Der Bürsche fiel ihn in der Siegfriedstraße von hinten an und verletzete ihn durch Faustschläge im Gesicht. Der Ueberfallene wurde ins Städtischen Krankenhaus gebracht und hier ärztlich behandelt. Die Verletzungen sind erfreulicherweise nicht ernsthafter Natur. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde Herr Trautwein, der seit einiger Zeit krankheitsbedingt in Urlaub ist, in seine Wohnung gebracht. — Allem Anschein nach handelt es sich um einen Menschen, der in einer Strafsache von dem Ueberfallenen abgeurteilt worden war. Die Polizei hofft den Täter festzuhalten zu können.

**Waghäusel, 16. Jan.** (Um die Selbständigkeit Waghäusels.) Man schreibt uns: Die Siedlung Waghäusel, die seit 80 Jahren ein durchaus selbständiges Gemeinwesen mit allen Attributen einer Gemeinde ist, liegt nicht auf der Gemarkung Oberhausen, sie bildet vielmehr von jeher eine abgegrenzte Gemarkung für sich. Auch gehören die Zufahrtswege zu den Fabrikanlagen nicht zu der Gemarkung Oberhausen. Waghäusel hat bereits vor 10 Jahren beantragt, daß ihm nun auch öffentlich der Charakter einer selbständigen Gemeinde verliehen werde, und die badische Regierung hat kürzlich auf eine Anfrage im Landtag erklärt, demnach ein Gesetz vorzulegen, das die Erhebung der abgegrenzten Gemarkung Waghäusel zur Gemeinde zum Gegenstand hat. — Da durch diese Erhebung niemanden Schaden geschieht, vielmehr nur ein längst bestehender Zustand legalisiert wird, ist es völlig abwegig, wenn Oberhausen die Absichten Waghäusels zu durchkreuzen sucht, um so abwegiger, als Oberhausen gar nicht in der Lage wäre, dem 2 km entfernten Gemeinwesen Waghäusel irgend eine Gegenleistung zu bieten für die hohe Steuerleistung, die sich Oberhausen von einer Eingemeindung Waghäusels nach Oberhausen verspricht.

**Enzheim (A. Kaubertshofheim), 16. Jan.** (Todessturz von der Blodstelle.) Heute früh kam ein hiesiger Eisenbahner ums Leben. Der 65jährige Oberweidewerker Kraft war im Begriff, die fünf Meter hohe Treppe der Blodstelle zu verlassen. Hierbei kam er so unglücklich zu Fall, daß er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog und bereits nach 2 Stunden verstarb.

**Kuß, 15. Jan.** (Schwer verbrannt.) Das neun Jahre alte Töchterchen des Schmiedes Josef Pfeffer wollte Kartoffeln zum Kochen aufs Feuer stellen. Dabei fing die Kleider Feuer, entsetzt sprang das Kind auf die Straße, wo die Flammen erst recht angefaßt wurden. Rasanten rissen dem Kinde die brennenden Kleider vom Leibe. Es hat schon lebensgefährliche Brandwunden davongetragen.

**Berlin, 16. Jan.** (Eineschwergeprüfte Mutter.) Der Mordanschlag auf den nationalsozialistischen Sturmtruppenführer Wessel, der sich, wie gemeldet, als ein gemeines Verbrechen und nicht als ein politischer Racheakt herausgestellt hat, ist insofern für die Mutter des Schwerverletzten besonders tragisch, als diese ihren anderen Sohn im Sommer vorigen Jahres verloren hat. Der Bruder des jetzt Ueberfallenen war Ende vorigen Jahres im Riesengebirge bei einer Stitur tödlich verunglückt. Die schwergeprüfte Mutter, eine Berliner Pfarrerswitwe, ist nach der Kunde von dem meuchlerischen Anschlag auf ihren einzigen noch lebenden Sohn seelisch völlig zusammengebrochen.

**Neustettin, 16. Jan.** (Revolte im Erziehungsheim.) Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Neustettin: In der hiesigen Provinzialerziehungsanstalt brach Mittwoch mittag unter den Zöglingen, als der größte Teil des Wachtpersonals abwesend war, eine Revolte aus. Die Zöglinge zerlegten Fenster-scheiben, brachen die Fensterkreuze heraus, zertrümmerten Möbelschilde und warfen die Gegenstände aus dem Gebäude. Dann stimmten die Insassen die Internationale an und lärmten laut. Den beiden in der Anstalt anwesenden Beamten gelang es nicht, die Burschen zu beruhigen. Erst als die übrigen Beamten von der Mittagspause zurückgekehrt und sämtliche Polizisten eingegriffen hatten, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

## Goethefeier an der Straßburger Universität

**Straßburg, 16. Jan.** Die Straßburger Universität hat beschlossen, 1882 den 100. Todestag Goethes, der bekanntlich Student der Universität Straßburg war, festlich zu begehen. Es ist eine Goetheausstellung geplant, ebenso die Veröffentlichung eines Werkes über Goethe in Straßburg. Ein Ausflug nach Fechenheim soll die Beziehungen Goethes zu Fechenheim wieder wachrufen. Außerdem ist eine Festveranstaltung geplant. Ein Komitee aus Universitätsprofessoren von Straßburg, bekannten elsässischen Persönlichkeiten und Vertretern der Gemeinde Fechenheim hat sich gebildet, das ein ausführliches Programm ausarbeiten wird.

## Anton W. Tschekow

Zum 70. Geburtstag des großen russischen Dichters am 17. Januar.

„Ich las einmal die Erzählung eines Deutschen“, so schreibt Leo Tolstoi, „in der ein junger Mann seiner Braut, der er ein schönes Geschenk machen will, die Werte von Tschekow schenkt, da er ihn über alle berühmten Dichter stellt. Und das ist sehr richtig.“ Ja, Tolstoi meinte noch in seinem höchst kritischen Alter, Tschekow sei „unerschütterlich; man liebt ihn mit Vergnügen nicht nur einmal, sondern immer wieder.“

Man mag ihn mit dem Tolstoi, Dostojewski und Turgenjew zusammen nennen. Hat er auch nicht solche beispielhaft weltumfassende Werke hinterlassen, wie diese größten russischen Dichter, seine kleinen Dramen und Novellen sind von weltliterarischem Rang; er ist Meister der erst durch ihn recht aufgenommenen Kurzgeschichte, die mehr ist als nur Skizze zu einem unfertig gebliebenen Roman.

Kein anderer russischer Dichter eröffnet daher dem Fremden so leicht den Einblick in das Rätsel des russischen Volkes. Und das um so mehr, als er wie der große Schöpfer unseres deutschen „Simplicissimus“ die Wahrheit liebend sagt. Zunächst schrieb der am Nowitschen Meer geborene Enkel eines Leibeigenen und Sohn eines Viehhändlers, Witzgeschichten für kritische Unterhaltungsblätter. Die unerbittlich scharfe Zeichnung seiner Darstellung hob ihn jedoch halb aus der Masse der „Humoresken“. Seine Geschichtensammlung „In der Dämmerung“ wurde von der Akademie mit dem Puschkinpreis belohnt. Tschekow war Arzt, und, wie er selber sagt, „die Beschäftigung mit medizinischen Wissenschaften erweiterten bedeutend das Gebiet meiner Beobachtungen, bereicherten mich mit Kenntnissen, deren wahren Wert für mich, als einen Dichter, nur der erkennen kann, der selbst Arzt ist.“ So war Tschekow „stets auf der Hut, und ich bemühte mich, wo es ging, mich nach den Ergebnissen der Wissenschaft zu richten; wo es aber nicht ging“, so fügt er sehr bezeichnend hinzu, „zog ich vor, gar nicht zu schreiben.“ Daher denn die stramme Energie, mit der jedes Wort auf die Hauptsache gerichtet ist, wie man sie als charakteristisch für die Kurzgeschichte rühmt, die eherne Sachlichkeit, die die Stimmung ganz dem Leser überläßt und sich in Tschekow nie in die Ironie schlüßelt, als daß sie dem Pathos weicht.“ Damit wurde Tschekow zu einem der programmatischen Namen der Pfemtschen „Nikon“, jener wichtigen deutschen Kulturzeitschrift, die nach dem Krieg nicht anders zu schreiben brauchte als vorher. Gewiß, spöttisch muten uns solche Schilderungen an wie die einseitige Reisebeschreibung von der Verbrecherinsel Sachalin. Tschekow verhielt sich nicht; selbst wo er die Liebe schildert, läßt er sich nicht erweichen von der Süße des Empfindens. In der trostlosen Ode der Provinz, „in der nichts geschieht“, sieht er „berühmte Mädchenbilder erschaffen“, aber er sieht auch sie — und das ergreift uns mit namenlosem Weh — verdorren, verkrüppelt in dieser Tragik, die eben darin besteht, daß nichts geschieht. Selbst die glühenden Ideale der Jugend sieht er verdorren unter der Kälte des Alltags. Wie einer seiner Landsleute sagte: Er sah „das russische

Leben an und brach in Tränen aus; er beweinete, was darin am meisten Mitleid verdient: die osehändeten und zerklüfteten Frauen-träume, die im Schnaps erlöschten Talente, die Innerlichkeit des Dichters und den frühen Verlust der Lebensfreude.“

Wundert es uns, daß ein solcher Dichter zu einem der ersten Tischschreiber der Weltliteratur wurde, Jahrzehnte vor Freud, Nietzsche, Söns? Nicht wie die veranschaulichte er die Tierseele; er läßt sie uns erleben, die „stumme“ Natur. Da aber, wo wir — wie in der „Steppe“-Novelle — den Duft über dem wogenden Gras spüren, lichtet sich das Dunkel des Lebens. Das Sein wird zum Schein, hinter dem, über dem sich ein wirkliches Wesen autut. Das gilt nicht zuletzt auch von den eleganten Provinzdramen, nach deren einem das berühmte Moskauer Künstler-Theater sich sein Symbol über dem Eingang wählte: „Die Klänge.“ Wie Andrej Belyi, einer der frühen russischen Modernen, es gesehen hat: „Man weiß ganz sicher, daß, wenn man diese grauen Pfade immer weiter und weiter verfolgt, dort, wo das Abendrot leuchtet, ein Abgang des Ueberirdischen und Ewigen ruht.“

Dr. Wilhelm Friedrichssohn

## Hundefriedhof

Von Paul A. Schmitz.

Sie glauben nicht, daß es einen Hundefriedhof gibt? Eine letzte wohlgepflegte Ruhestätte für die vierbeinigen Begleiter der Menschen, darauf Grab liegt an Grab... mit Grabsteinen und Blumen, mit Immergrün und Moos geschmückt! Einen Hundefriedhof, darauf mehr als zwanzigtausend Hunde in langen gepflanzten Grabreihen begraben liegen?

Ich habe es auch nicht geglaubt, — bis ein guter Freund ihn mir zeigte. Dieser Hundefriedhof liegt dicht vor den Toren von Paris, in einer Schleife der Seine... unter Zypressen und Eukalyptusbäumen verborren, von Paris aus in einer knappen Autostunde bequem zu erreichen.

Da liegen in langen Reihen die Gräber, all mit einem niedrigen Gitter umgeben, mehr oder minder gepflegt, mit schönen und weniger schönen Denkmälern aus Kunststein oder aus Marmor. Einzelne sogar mit Kreuzen (!) geschmückt. In die Steine eingemeißelt schöne Sprüche — einige sogar der Bibel (!) entnommen. Da kann man lesen, wie lange der „Joli lufin“ oder „fidele fox“ lebte, acht Jahre, zehn Jahre, zwölf Jahre wurden sie alt — hin und wieder noch älter, und Sprüche übersetzen den Besucher vom Wert des einst Lebenden: „Er war treuer als Menschen“ — oder: „Wie mich er von mir!“ — (der gehörte sicher einer alten Jungfer, die ihn mit ins Bett nahm). Auf einem Grabstein kann man die Naturgeschichte des Todes lesen: „Umgebracht durch den Raub der Nachbarinnen“ (ob er wohl vergiftet wurde?).

So schreibt man die langen Grabreihen ab und es entrollen sich Schicksale und Lebensgeschichten der hier begrabenen Hunde!

Dieser Friedhof ist ein seltenes Gemisch von Anhänglichkeit an das Tier- und Blasphemie! Daß man den treuen Tiergefährten an einem schönen Plätzchen begräbt — mag verständig sein, daß man ihm ein Denkmal aus Stein setzt, wie einem Menschen — grenzt schon an Geschmackslosigkeit. Daß man einem toten Hund aber ein Kreuz setzt und es mit Bibelzitat schmückt — scheint unangenehm Berührung oder höhnische Blasphemie. Man denke: das Kreuz, Symbol alles Menschenleibes und zugleich der Erlösung — einem Tier gesetzt! Seltsam verirrte Welt!

Auch Besucher hat der Friedhof — alte Frauen oder Kinder. Daß Kinder dem jüngst verstorbenen vierbeinigen Freund und Spielgefährten einen Strauß selbstgepflückter Feldblumen auf das Grab legen, um das sie in kindlicher Unbesonnenheit weißen Kies streuten, das verlohnt, wenn auch zehn Schritte weiter vielleicht irgendeine Verschönerung am Grab „ihres Lieblings“ die Hände folter, — als wolle sie schier für einen Hund — beten!!

Dieser Hundefriedhof bei Paris, eingebettet in die idyllische Gegend, ist Privatigentum. Sicherlich ein gut rentierender Grundbesitz, denn Hundegräber müssen teuer bezahlt werden. Jüngst las ich in einer Pariser Zeitung, daß dieser seltsame aller Friedhöfe jetzt zum Verkauf steht. Für drei Millionen Francs will ihn sein jetziger Besitzer einem jungen Nachfolger überlassen. Er scheint an diesem Hundegräbergeschäft genug verdient zu haben. Nun wird ein Nachfolger kommen, und sich von der Anhänglichkeit und Blasphemie mancher Menschen die Taschen füllen lassen. Vielleicht wird dieser neue Besitzer auch die Werbetrommel rühren und den Fremdenstrom anlocken zur Besichtigung „dieser internationalen Sehenswürdigkeit, dieses größten Hundefriedhofes der Welt“ — wie einer der Totengräber meinte.

Mehr als zwanzigtausend Hunde liegen in langen Reihen begraben. Auf mehr als zwanzigtausend Hundegräbern blühen Blumen und wuchert Immergrün, während das Grab manches armen Menschen verlassen liegt und ohne Pflege. Wahrscheinlich, diese seltsame Kreuz (wenn man so sagen darf) dem Tier gegenüber, sollte besser am Menschen verwendet werden.

**Gastspiel Mady Christians im Badischen Landestheater.** Das für Dienstag, den 21. Januar, bereits angekündigte einmalige Ensemble-Gastspiel von Frau Mady Christians wird uns die Erstaufführung des Schauspiels „Cazard“ von Henry Bernheim bringen, von dem hier vor einigen Jahren das Schauspiel „Der Dieb“ einen starken und nachhaltigen Publikumerfolg errang. Mady Christians Darstellung der weiblichen Hauptrolle übte vor wenigen Tagen erst in Frankfurt a. M. die tiefste Wirkung aus und bestärkte ihren Ruf als den einer Künstlerin großen Formats in vollem Maße. Der Vorverkauf hat begonnen; 1. Rang und 1. Sperrplatz 8.— Mark. Platzmieter erhalten 10 Prozent Ermäßigung.









Technologie der modernen Musikinstrumente

Ueber dieses Thema sprach Herr Oberingenieur Herzig in der Hochschule für Musik in Fortsetzung eines darauf bezüglichen Vortrags...

In seinem Vortrag am vergangenen Dienstag nun sprach Herr Herzig über die Technologie von Blas- und Saiteninstrumenten. Er kam zunächst auf die Physiologie des Tones zu sprechen...

Sehr interessant waren seine Ausführungen, als er auf das Geheimnis der alten Geigen, wie der Stradivari und Amati zu sprechen kam und auf die verschiedenen Versuche moderner Forscher dieses Geheimnis aufzuklären...

Zum Schluß des Abends wies der Redner auf ein ganz modernes Musikinstrument hin, in das die Technik zur Veranschaulichung einen Motor eingebaut hat. Es handelt sich um ein sogenanntes Vibraphon...

Wolffsrieders Marionetten. Der abwechslungsreiche Spielplan der Wolffsriederschen Marionetten im Monat Januar bringt am kommenden Sonntag die Fortsetzung der beliebten Märchenstücke...

Wolffsrieders Lotterie. Erfreulicherweise kann mitgeteilt werden, daß auch für das Jahr 1930 eine große katholische Wolffsrieders Lotterie vom Badischen Ministerium des Innern genehmigt wurde...

Tages-Anzeiger für Freitag, den 17. Januar 1930.

Badisches Landestheater. Abends 8 Uhr: Die Dreigroschenoper. Colosseum. Abends 8 Uhr: Varieteeprogramm.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Sterbefälle und Beerdigungszeit. 15. Jan. Therese Köhlinger, 48 Jahre, israelit. - 16. Jan. Theresia Welling, Witwe von Johann Welling, 72 Jahre.

Deutsche Jugendkraft

Gau Mittelbaden.

Am nächsten Sonntag hat Forchheim auf dem Sportplatz in Forchheim beim Reichsbahnhof die D.J.K. Forchheim zu Gast. Das Spiel beginnt um 3 Uhr.

In der A-Klasse begegnen sich Durlach II-Müngolsheim II, Bruchsal-Kronau, Forst II-Untergrombach II.

Mögen sämtliche Spiele in Ordnung verlaufen. U. Lang. Bestandshebung 1930. Unser Reichsverband hat in fünf verschiedene Farben die Formulare herausgegeben.

Am nächsten Sonntag, den 19. Januar 1930 findet die nächste Gauwürttembergische in der Goethe-Turnhalle in Karlsruhe, Gartenstraße 5, statt.

Vom nächsten Sonntag, den 19. Januar 1930, ab sind die Spielberichte in kurzer Form auf der Gauzeitschrift, fernsprecher Karlsruhe Nr. 6848, in der Zeit von abends 6-7 1/2 Uhr abzugeben.

Eier-Teigwaren. Wir empfehlen: Eierbruch, Macaroni, Spaghetti.

Eiernudeln, Eierstifte, Spaghetti, Macaroni, Fadennudeln, Käse- und Eierpackungen, Dörrobst.

Allerfeinstes Mischobst, Serbische Pflaumen, Pflaumen o. St., Feigen, Aprikosen, Bienen, Pfirsiche, Dampfpfäpel, Pflaumen.

Pflaumenkuch

Amtliche Anzeigen. Herstellung eines Kohrgrabens. Für den Kohrtrag vom neuen Wasserwerk im Mörserwald bis zum Anluß an das Stadtröhrnetz...

Brennholz- und Stangen-Verfeinerung. Die Stadtgemeinde Ettlingen bezieht am Donnerstag, den 23. Januar 1930, im Gasthaus zur 'Bonne' ab...

Graue Haare. Warum alter erscheinen als Sie sind? Es ist nicht das Alter, sondern die Natur der Haare...

Baumaterialien-Großhandlung Julius Graf & Cie. Karlsruhe G.m.b.H. Karlsruhe Telefon 6926 und 6927.

Farben-Lacke. Gebrauchsfertig für Anstriche aller Art. Farbennachschuß.

Dompräbendar Karl Fischer Höhensonne. Wahre Erzählungen. 2. stark vermehrte Auflage. Karton. Mark 1.-

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme am dem schweren Verluste meiner lieben Frau, Mutter, unserer lieben Schwester, Schwägerin und Schwiegermutter...

Trauer-Drucksachen. Todesanzeigen, Dankkarten, Beileidskarten, Sterbeandenken, Nachrufe.

Herren-Ski. Sie reisen, lesen Sie den neuen Inselführer ENE Kurdirektion d. Ostseebades BURG AUF FEHMARN

Obst- und Gemüse-Konserven. Unsere Qualitäts-Marken: Schnitzbohnen, Erbsen, Karotten.

Sprachbuch gratis. betitelt: 'Die psychotechnische Sprachmethode' (43. Auflage).

Einige Waggons besonders preiswertes Apfelmus tafelfertig.

Pflaumenkuch

### Papiere, die man stets bereit haben sollte

Es ist nun einmal bei allen zivilisierten Völkern, nicht nur bei uns in Deutschland, so, daß jeder Staatsbürger von Amte wegen registriert wird und daß über sein Dasein gewisse Papiere vorhanden sein müssen, ohne die er nicht in die Gemeinschaft der Menschen aufgenommen werden kann die er aber auch haben muß, wenn ihn der Tod aus der Welt abberufen hat.

Gerade bei Sterbefällen zeigt es sich oft, daß die notwendigen Papiere nicht vorhanden sind, so daß sich Verzögerungen in der Beisetzung des Verstorbenen ergeben. Auch zur Eheschließung, für das handesamtliche Aufgebot oder bei der Geburt eines Kindes sind Papiere notwendig, die man stets an einem sicheren Ort zusammen säuberlich aufheben sollte, um sie in notwendigen Fällen nicht suchen zu müssen.

Das erste amtliche Papier, das einem neugeborenen Kinde ausgestellt wird, ist der Geburtschein bzw. eine Geburtsurkunde. Man verlange stets die letztere, wenn ihre Ausstellung auch ein paar Pfennige kostet, eine Ausgabe, die sich später bezahlt macht, denn der einfache Geburtschein hat keine urkundliche Beweiskraft, alle Behörden, Lebensversicherungen usw. verlangen die Geburtsurkunde. Das Kind bekommt dann weiter im Laufe der Jahre die Impfscheine, durch die bewiesen wird, daß die Eltern der gesetzlichen Impfpflicht genügt haben. Zweckmäßigerweise wird man auch das Abgangszeugnis der Schule, das Zeugnis, den Gesellenbrief und eventuell auch den Meisterbrief sorgsam aufbewahren.

Bei der Eheschließung gibt es dann wieder eine Bescheinigung über die Eheschließung oder die Eheschließungsurkunde. Man wähle wiederum die letztere, da die erstere ebenfalls von den meisten Behörden, besonders aber bei Todesfällen vom Nachlassgericht nicht anerkannt wird. Tritt ein Todesfall in der Familie ein, verlange man die Ausstellung einer Sterbeurkunde, die man am

besten in mehrfacher Ausfertigung verlangt, da sowohl zur Ausstellung eines Erbscheines, wie zur Erhebung von Ansprüchen an die Invaliden- oder Angehörtenversicherung, ebenso auch zur Auszahlung einer etwa vorhandenen Lebensversicherung die Sterbeurkunde notwendig ist. Rechtzeitige Ueberlegung, wieviel Urkunden man notwendig hat, entbindet von unnötigen Wegen auf das Standesamt.

Außerordentlich wichtig ist es aber auch, daß man nicht nur die Invaliden- und Angehörtenversicherungskarten sorgfältig aufhebt, wenn sich diese nicht im Verwahr des Arbeitgebers befinden, sondern auch die Aufrechnungszettel der gelebten Karten, da diese das Beweismittel sind, welche Marken gelebt sind und welche Ansprüche an die Versicherungen daraus hergeleitet werden können. Sind diese Aufrechnungszettel verloren oder verlegt worden, ergötzt sich meist die Notwendigkeit einer Rückfrage bei der Zentralverwaltung der Versicherungen in Berlin. Das kostet Zeit und verzögert gleichzeitig die Auszahlungen der Renten, die die meisten Familien sehr notwendig brauchen, wenn der Ernährer gestorben ist.

Schließlich darf auch noch darauf hingewiesen werden, daß nicht nur die Papiere des Mannes, sondern auch die der Ehefrau mit der gleichen Sorgfalt behandelt werden müssen, da sie besonders bei Sterbefällen ebenso notwendig und unentbehrlich sind. Eine Vereinfachung bedeutet das in vielen Gemeinden eingeführte Stammbuch, das die persönlichen Eintragungen einer Familie gesammelt enthält. Man sollte vor den geringen Anschaffungskosten nicht zurückzucken, sein besonderer Wert zeigt sich meist schon nach wenigen Jahren.

Wegen Betrugs im Rückfall und Unterschlagung verurteilte das Amtsgericht den Bäckermacher Adolf B. aus Karlsruhe zu vier Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte in Süß in falschen Vorpiegelungen Jagdgewehre im Werte von über 200 Mk. gekauft und ohne, daß sie bezahlt waren, weiter veräußert. Des weiteren lieferte er ein Grammophon unter Eigentumsvorbehalt, das er gleichfalls wieder verkaufte.

### Zu dem Feuerwehrtatwahl in Suchenfeld

Suchenfeld, 15. Jan. Die Vorgänge, bei dem kürzlich erfolgten Brand in Suchenfeld (bei Forzheim), bei denen ein Gendarmenwachtmeister von einem Suchenfelder Bürger mit einem Feuerwehrtatwahl einen Schlag auf den Kopf erhielt, und bei dem die Mitglieder der Forzheimer Wehrlinie, die eingreifenden Gendarmenbeamten und das Bezirksamt Forzheim beleidigt wurden, hatten ein Nachspiel vor dem Forzheimer Schöffengericht. In fast zweitägiger Verhandlung wurden die notwendigen Zeugnisaussagen aufgenommen, und das Schöffengericht verurteilte sämtliche 13 Angeklagte, von denen drei wegen erschwerter Körperverletzung, Widerstand, Gefangenenerkennung und Beleidigung angeklagt waren. Unter den Verurteilten befindet sich der stellvertretende Bürgermeister von Suchenfeld, der Feuerwehrtatwachtmeister und sechs Gemeinderäte von Suchenfeld. Die drei Hauptbeschuldigten erhielten Gefängnisstrafen von 4 Monaten, 1 Monat und 2 Wochen, während die anderen 10 Angeklagten zu Geldstrafen von 50 bis 120 Mark verurteilt wurden. Die ganze mißliche Angelegenheit scheint dadurch entstanden zu sein, daß die Forzheimer Wehrlinie den Brand schneller löschte, als es den Suchenfeldern angenehm war. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer u. a. aus, daß im Jahre 1928 im Forzheimer Bezirk nicht weniger als 10 Millionen Mark von der Brandkatastrophe befreit werden mußten.

Verleger und Herausgeber: Badenia, U. G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilhelm Jöhner, Karlsruhe i. B. Hauptgeschäftsstelle: Dr. F. Th. Meyer, Verantw. für Nachrichten: Dr. F. Th. Meyer, für Kultur: Dr. F. Th. Meyer, für Sport: Dr. F. Th. Meyer, für Anzeigen und Reklamen: Philipp Heberle, sämtliche in Karlsruhe, Steinstraße 17. Rotationsdruck der Badenia U. G.

**Das Bankhaus Veit L. Homburger**  
Karlsruh. 11, Karlsruhe Karlsruh. 11  
Telefon: Ortsverkehr 35, 36, 4391, 4392, 4393 Fernverkehr 4394, 4395, 4396, 4397  
besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Im Neuanfertigen **Steppdecken** u. Umarbeiten von **u. Daunendecken** empfiehlt sich **Paula Schneider, Karlsruhe, Adlerstr. 5.**

**Läden zu vermieten im Kolpinghaus**  
Karlsplatz u. Karlstrasse  
Ankunft und Pässe:  
**Baubüro Moritz & Betten**  
Karlsruhe 117, Tel. 3687

**Altpapier, Eisen, Lumpen**  
Kupfer, Messing, Zink und Blei, sowie **Felle** kauft laufend u. alle Sorten zahlt beste Tagespreise  
**Chr. Beier Nachf.**  
Werderstrasse 72-74 Telefon 3554.  
Auf Wunsch wird die Ware im Hause abgeholt. NB. Ankauf von **Neutuchabfällen** von Schneidereien.

**Drucksachen für Behörden**  
Jahresberichte  
Dissertationen  
Werke  
sowie alle umfangreichen  
Druckerarbeiten  
liefert in kürzester Zeit  
in sauberer Ausführung  
und zu billigem Preis  
**Badenia & Karlsruhe**  
Steinstrasse 17-21

**Zuckerkrankhe**  
Die Sie ohne das nützliche Drogenzusatz  
werden jagt Jedem anentgeltlich  
Ph. Hergert, Wiesbaden, Röckertstr. 12

**Küpperbusch-Oelen u. -Herde**  
kombinierte Herde  
und Gasherde  
stets neueste Ausführungen. Monatl. Raten von 5.- Mk. an. Beamtenbank angeschl. Gaswerksbedingungen. Fachgemäße Aufstellg. Eigene Reparaturwerkstätte.  
**Karl Fr. Alex. Müller**  
Karlsruhe,  
Telefon 1284 Amalienstr. 7 Gegr. 1890

# FREITAG UND SAMSTAG

bilden den Höhepunkt unseres

# INVENTUR-AUSVERKAUFS

## Reste u. Abschnitte

in Kleiderstoffen, Seidenstoffen u. Wachstamt, Wäschestoffen, Gardinen, Spitzen etc. gelangen ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Wert zu **reduzierten Preisen** auf Extratischen im Lichthof zum Verkauf.

<b>Herrenartikel</b> Oberhemden weiß, aparte Einsätze, kräftiger Rumpfstoff, Klappmansch. 4.50, 5.90 <b>2.90</b> Schlaf-Anzüge Zeffir, schöne Streifen, mit Verschnürung . . . . . 6.90 <b>5.90</b> Umlege-Kragen mod. Form. Mako 4fach Stck. 50.00 <b>50.00</b> Selbstbinder geschmackvolle Muster u. Streifen, große Auswahl 1.90 1.45 <b>95.00</b> Herr.-Sportmützen kleidsame Form. u. Stoffmuster . . . . . 1.45 1.25 <b>95.00</b> Herren-Hüte II. Wahl in Flach- u. Rollrand, gute Mittelfarben . . . 4.50 3.90 <b>2.90</b> <b>Parfümerien</b> Rasiergarnitur . . . 50.00 Nickerandspiegel ca. 27x20 cm . . . . . 95.00 Manicure 5 teilig . . . 95.00 Garnitur Stangen-Schminken 7 Stck. . . 1.-	<b>Strumpfwaren</b> Damen-Strümpfe Seiden- od. echt Mako P. 55.00 Damen-Strümpfe idem. Wäsche mit Baumwolle platt. II. Wahl <b>75.00</b> Damen-Strümpfe Seiden- od. mit 4fach verstärkter Sohle . . . Paar <b>1.10</b> Damen-Strümpfe echt ägyptisch Mako besonders schw. strapazierfähige Ware . . . Paar <b>1.45</b> Ein groß. Post. feinmasch. Wäsche-Strümpfe teils I., teils II. Sortier, damit auch bemburg-selbige Qualitäten Jed. Paar z. Ausschuchen <b>1.95</b> Herr.-Fantasie-Strümpfe Serie I. Serie II. Paar <b>95.00</b> Paar <b>75.00</b>	<b>Große SCHUHE</b> Enorm billig! Auf Tischen ausgelegt <b>Kinder-Schuhe</b> schwarz, farbige und Lack 20-22 23-26 27-30 31-35 <b>1.95 2.95 3.90 4.90</b> <b>Damenschuhe</b> in viel. Modefarb., auch schwarz u. Lack mit hohen u. nied. Absätz. 10.75 8.75 6.75 <b>4.90</b> <b>Herrenschuhe</b> gute Qualität, mod. Formen, für Straße u. Sport 11.50 9.50 8.75 <b>7.90</b> Übersehen Sie nicht die Tische mit <b>Rest- und Einzelpaaren</b> in Haus- und Straßenschuhen.	<b>Korbmöbel</b> Weidensessel 7.25 5.50 Peddighr-Sessel gelehrt . . . . . 15.- 12.- Peddighr-Sessel gepolstert . . . . . 14.50 11.25 Peddighr-Tische 7.90 5.95 Peddighr-Hocker 5.90 4.25 <b>Zinkwaren</b> Wannen 75 80 85 cm oval <b>5.90 6.90 7.95</b> Wannen 35 38 40 cm rund <b>1.75 2.20 2.75</b> Wasschüssel <b>4.80 4.85 5.30</b> Eimer 28 cm . . . . . 1.10 Bade- wannen 16.50 17.50 16.50	<b>Kleinstmöbel</b> Klaviersessel braun od. schwarz 15.50 <b>13.75</b> Rauchtische mit Messing-Platte 19.50 <b>16.25</b> Frisierstulpen weiß . . . . . 88.- <b>62.00</b> Nächtische Eiche od. . . . . 29.- <b>26.50</b> Liegestühle dunkel verstellbar . . . . . 21.50 <b>19.75</b> <b>Holzwaren</b> Küchenhocker Buche <b>3.25</b> Fußschemel . . . . . 2.25 <b>1.20</b> Zimmerstühle mit Rohrstr. . . . . 9.75 <b>7.95</b> Zimmerstühle Eiche mit Lederstr. geb. <b>26.50</b> Bügelbrötter mit Bezug . . . . . 3.85 <b>3.50</b> <b>Parfümerien</b> Aromat. Mundwasser und große Tube Kosmata . . . . . zusammen <b>95.00</b> Köln-Wasser-Säfte 4 Stück in Cellophan . . . <b>80.00</b>
---	--	---	--	--

**Bodolin-Gesellschaft**  
Hagelberg & Cie.  
Chemische Fabrik  
Konstanz  
Silberne Medaille  
Karlsruhe 1924.  
Die bekannte Spezialfabrik für **neuezeitliche Bodenreinigungsmittel**  
Ölsand, flüssige und feste Bohnerwaxe, Reinigungsöle etc.  
Vertreter: Leo Zipfel, Karlsruhe, Viktoriastr. 1

**Bodenteppiche** entstaubt reinigt und färbt  
**Färberei Printz A.-G.**  
Annahmestellen überall Telefon 4507 4508

**Colosseum**  
Täglich 8 Uhr  
Sonntags 3.30 u. 8 Uhr  
Glauer's Royal Midgets-Theater  
Die kleinsten Menschen der Welt!  
Außerdem das große Varietè-Programm von Weltfrut.

**Tanz-Lehrinstitut**  
J. Braunagel  
Novackanlage 13  
Telephon 5859.  
Beginn neuer Kurse  
Einzel-Unterricht.

**Badische Lichtspiele**  
Konzerthaus  
Es ist uns gelungen, den vielseitig geäußerten Wünschen gerecht werden zu können und wir wiederholen am  
Samstag, 18. um 16 und 20.30 Uhr; Sonntag, 19. nur 16 Uhr letztmals  
**Wunder des Schneeschuhs**  
mit sehr gutem Beiprogramm  
Musikbegleitung.  
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße

**Wolffstörers Marionetten**  
Handelskammer, Karlstrasse 10  
Sonntag, 19. I. 30. 2. u. 5 Uhr:  
**Schneewittchen**  
Vorverkauf; Musikhaus Fr. Müller.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, 17. Januar  
Sondermiete „Sitzbesten“ (3. Vorstellung der Abteilung 1).  
Die **Dreigroschenoper**  
Ein Stck mit Musik von Fredt-Well.  
Regie: Raumbach, Dirigent (am Flügel): Reilberth, Mitwirkende: Bertram, Rademacher, Riegler, Janz, Brand, Gummade, Graf, Gersp, Alcock, Wagner, Müller, Briller, Schulze, Raumbach, Solbach, Gredinger.  
Anfang 20 Uhr.  
Ende gegen 23 Uhr.  
Rein Kartenverkauf!  
Sa., 18. I.: In Baden-Baden: Das Glück des Gremien. So., 19. I., nachmittags: Christliches Märchenbuch; abends: Rigoletto. Im Konzerthaus: Grand Hotel. Mo., 20. I.: Sondermiete „Sitzbesten“. Die Dreigroschenoper.